

# Pozener Zeitung.

Achtundsechziger Jahrgang.

Annoncen-  
Annahme-Bureau  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Württemberg. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Breslau bei Emil Habath.

Nr. 7.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Die Eisenbahntariffrage.

**Z** Berlin, 3. Januar. Bei seinem Zusammentritt am 7. Januar wird sich der Reichstag aus Anlaß eines Petitionsberichtes mit der Eisenbahntariffrage beschäftigen. Inzwischen ist auch seit Anfang Dezember von dem Bundesrat von Seiten des Reichseisenbahnamtes eine Vorlage betreffend die fernerweitere Verabsiedlung zur Tariffrage gelangt. Schon aus dem äußerlichen Grunde ist eine solche Verabsiedlung erforderlich, weil die mit dem 1. August eingetretene Tariferhöhung eine interimistische sein sollte und in der Voraussetzung zugestanden war, daß spätestens mit dem 1. Januar 1875 das sogenannte gemischte (Braunschweiger) Tarifsystem zur Einführung gelangen werde. Inzwischen hat bei näherer Untersuchung das braunschweiger System fast alle seine Anhänger verloren. Die Sympathien des Handelsstandes für Vereinfachung des Tarifsystems sind völlig erkalten seitdem man bei dem ersten Versuch der Verwirklichung die Erfahrung gemacht hat, daß Vereinfachung oder Ausgleichung der Tarife nicht möglich ist, ohne teilweise Erhöhung der Tarife für bisher unter dem einfachen Satz beförderte Güter. Während das auf einer Konferenz der Eisenbahnverwaltungen in Braunschweig in Aussicht genommene Tarifsystem nur vier Tarifflassen für Waggonladungen aufwies, hat diese Zahl nach Verhandlungen mit Transportinteressenten auf 12 erhöht werden müssen. Seitdem findet man zwischen diesem System und dem geltenden so wenig Unterschied mehr, daß man allseitig aufgehört hat, auf die Einführung des ersten ein großes Gewicht zu legen. Die Anträge des Reichseisenbahnamtes beim Bundesrat nehmen denn auch von der alsbaldigen Durchführung dieses Systems Abstand, behandelnd die Frage des Tarifsystems überhaupt als eine offene, die spätestens zu einem — angemessen zu bestimmenden Termin (etwa dem 1. Januar 1876) zu lösen sein wird. Was die Tariffäße für die Zwischenzeit anbelangt, so soll im Allgemeinen die Tariferhöhung um 20 Prozent fortdauern dürfen. Außer den von Anfang an vom Bauschlag nicht betroffenen Gegenständen (Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Salz, Mehl und Mühlenfabrikate), soll aber auch für Holz, Düngungsmittel und Nuttermaterial der Bauschlag in Wegfall kommen. Desgleichen soll der Bauschlag so weit nicht zwingende Gründe mit Zustimmung der Reichsbahnhörde (bei Privatbahnen auch der Staats-Aufsichtsbehörde) Ausnahmen zulässig erscheinen lassen, in Wegfall kommen bei Kohlen, Koals, Erzen, Steinen, Roheisen, Blei, Spiritus und Rübenzucker. Der Begriff „zwingende Gründe“ ist nun allerdings jeder Auslegung fähig und gibt dem Verwaltungsermessen den denkbar größten Spielraum. Greift eine wörlische oder engbegrenzte Auslegung Platz, so wird von der gesamten am 1. August 1874 eingeführten Tariferhöhung eine finanzielle Wirkung kaum mehr übrig bleiben.

Bergleicht man diese neuen Anträge des Reichseisenbahnamtes mit den im Juni gestellten, so erhebt, daß mit dem Wechsel der leitenden Personen (Maybach statt Scheele) auch ein Wechsel in den Ansichten eingetreten ist, sowohl was die Bedeutung des Verfassungsartikels 45 (Hinwirken auf den Einfuhrtarif) für die Tariffrage als was die finanziellen Voraussetzungen des Eisenbahnbetriebes anbelangt. Vielleicht hat auch der im Oktober in Berlin abgehaltene Handelstag mit seinem Verlangen, die Tariferhöhungen auf ein verständiges Maß zurückzuführen auf die Auffassungen des Reichseisenbahnamtes eingewirkt. Außerdem betont der Reichskanzler in seinem Begleitschreiben zu den Anträgen des Reichseisenbahnamtes an den Bundesrat die Rücksichten auf „die Interessen der durch die Folgen der außerordentlichen Trockenheit des letzten Sommers bedrängten Landwirtschaft.“ In den Verhältnissen des Eisenbahngewerbes sind andererseits Aenderungen, welche eine teilweise Rücknahme der im Juni ertheilten Erlaubnis rechtfertigen, kaum eingetreten. Bis Ende November hatte sich die Einnahme von sämtlichen preußischen Bahnen gegen 1873 pro Meile und Monat nur von 7150 auf 7196 Thaler gehoben. Die Verminderung der Ausgaben durch fallende Koblenz- und Eisenpreise war in der Hauptsache schon im Sommer d. J. eingetreten. Mag man nun die jetzt geltenden Tariffäße im Allgemeinen für zu hoch oder für zu niedrig erachten, das Bedenklichste ist, daß über Hoch und Niedrig und damit über die Rentabilität von über 1000 Millionen Thalern Kapitalanlage vorgestellte wechselnde Ansichten wechselnder Geheimräthe im Reichseisenbahnamte und im Bundesrat entschieden, daß zudem den Eisenbahnen vom Reichskanzler anscheinend auch noch die Aufgabe gestellt wird, „der Bedrängnis der Landwirtschaft in Folge der außerordentlichen Trockenheit“ abzuhelfen. Das Reichseisenbahnamt macht u. A. den gewiß richtigen Vorschlag, den Eisenbahnen Maximaltarife in dem definitiven Tarifsystem vorzuschreiben. Maximaltarife aber setzen einen gewissen Spielraum für freie Bewegung voraus. Doch ist nicht abzusehen, wie das Reichseisenbahnamt für das Interimistum vorgeschlagenen, also die eingetretene Erhöhung zum Theil wieder aufzuhende Tarife zugleich als Maximaltarife in Aussicht nehmen kann, zumal sich das Reichseisenbahnamt selbst vorbehält, „aus zwingenden Gründen“ Erhöhungen dieser Tarife zu gestatten. Uns scheint es nach alledem höchste Zeit, daß der Reichstag selbst sich auch materiell in der Tariffrage ausspricht. Darum ist von den vorliegenden Anträgen zu dem am Donnerstag zur Verhandlung stehenden Bericht der Petitionskommission über die Klagen einiger Industrieller der Antrag Löwe-Berger-Unruh der zweitmäßigste, insfern die darin beantragte eingehende Prüfung und Begutachtung der Eisenbahntarifreform durch eine aus Mitgliedern des Bundesrates und des Reichstags gebildete Kommission die sachverständige Entscheidung des Reichstages vorbereiten würde. Diese Kommission mag auch Sachverständige und Interessenten vernehmen. Die Tariffraq-

Dienstag, 5. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schrägespalte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Moisens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 11 Uhr nachmittags angenommen.

In Berlin, Dresden, Görlitz, beim „Invalidendank.“

1875.

aber, statt in erster Reihe durch unparteiische, das allgemeine Interesse wahrnehmende Personen, nur durch Interessenten der verschiedensten Art prüfen zu lassen, wie der Kommissionsbericht und auch der Antrag Kisker vorschlägt, halten wir für grund falsch. Die Interessenten sind bisher schon in allen Formen gutachterlich vernommen worden. Aus dem durch den Widerspruch ihrer Interessen bedingten Widerspruch ihrer Gutachten sind die Kreuz- und Querzüge hauptsächlich entstanden, welche die Behörden in der Tariffrage seither ohne klares Ziel aber zum großen Schaden sowohl der Industrie wie der Eisenbahnen unternommen haben.

## Der landwirtschaftliche Kongress, die Gesetzgebung und die Landwirtschaft in den östlichen Provinzen.

Von N. M. Witt-Bogdanow.

Nachdem in einer großen Anzahl Kongresse der Landwirthe, in umfangreichen Preisschriften, in Resolutionen der Vereine, in täglichen Wiederholungen in der Presse diese Frage nach allen Seiten hin erörtert worden ist, hieße es Euler nach Athen tragen, wollte man noch einmal nur übersichtlich alle die dort erörterten Fragen zusammenfassen und den Werth oder Unwerth der Behauptungen und Klagen klarzulegen versuchen. Man ist daher nur auf kurze Bemerkungen beschränkt.

Es ist in allen diesen unzähligen Darlegungen fast nie von der Landwirtschaft als Gewerbe allein die Rede, sondern man muß meistens noch die Betrachtung über die soziale, politische und finanzielle Lage des großen und kleinen Grundbesitzes, sogar des kleineren Gewerbes und Handwerks mit in den Kauf nehmen, mit einer schließlichen Exkursion auf die begünstigte Stellung der Industrie und des Kapitals, die fast wörtlich den Auskünften der Sozialdemokraten gleichen, ob sie gleich aus allerkonserватivem Munde fließen. Man ist leider gezwungen, daher auch diese Fragen ein wenig mit in die Betrachtung zu ziehen.

Wer nun in die letzten Zeit öffentliches Leben in Vereinen und in der Presse, namentlich auf dem Lande in den östlichen Provinzen aufmerksam beobachtet hat, dem kann es nicht entgangen sein, wie überall gleichsam auf Parole die frühere altkonservative Partei im Lande Misstrauen und Misstrauh über die Regierung, über die vermeintlichen liberalen Tendenzen derselben, über die für die Landwirtschaft schädliche neuere Gesetzgebung auszuspielen bemüht ist. Dabei werden denn die Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten, welche bei der Einführung auch der besten Gesetze immer vorkommen, sowie die gar manchen ganz unnötig durch ungeschickte oder ungute Beamte verursachten, durchaus nicht in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten gar wacker ausgebeutet. Es geschieht dies zumeist durch den Mund einiger mißvergnügter Vertreter des Großgrundbesitzes, deren Verhalten in dem gesetzgebenden Körper ihnen das Vertrauen des Volkes oder der Regierung, deren Einfluß sie zumeist ihre Wahl verdankten, entzogen hat. Die Beurtheilung der geäußerten Anschaunungen und Vorschläge wird nur noch wesentlich dadurch erschwert, daß sie so vielfach auseinandergehen. Entweder es sind begründete und unbegründete Klagen über das Bestehende im Allgemeinen oder es sind Vorschläge, die ohne alle Rücksicht auf das Gesamtwohl des Staates oder auf die Möglichkeit der Durchführung nur im Interesse der Beliebtesten gemacht werden. Sehr richtig ist die Antwort, welche der Fürst Bismarck dem Herrn v. Diefenbach gegeben, als dieser ihm ein umfangreiches Exposé über die Neugestaltung der gesammten Verwaltung von der Gemeinde bis zum Ministerium hinauf eingerichtet hatte. Der Fürst schrieb: „Wollen wir einen praktischen Erfolg erzielen, so glaube ich, müssen wir beherzigen, daß das Beste des Guten Feind ist; und dürfen wir nicht in den gebräuchlichen Fehler verfallen, daß wir den partiellen Umbau verabschaffen, weil der generelle ohnehin nötig und deshalb bevorhend ist.“

Es ist eben der Grundsatz politischer Neulinge, die Erfüllung eines Theils ihrer Wünsche zu verschmähen, wenn sie nicht gleich alles bekommen, was sie wünschen. Und nun das Auseinandergehen in den Anschaunungen selbst! Ein Theil ist ehrlich altkonservativ, bekennend offen zur Agrarparthei, es mag kommen was da wolle. Ein größerer Theil ist schon schlauer. Er hat einsehen gelernt, daß allzu darf schaftig macht. Er leugnet den Grundsätzen der extremen Agrarparthei anzugehören. Die Vertretung der Interessen der Landwirtschaft allein auf die Fahne zu schreiben, das hat er bereits erfahren, habe der Landwirtschaft mehr Schaden als Nutzen gebracht. Dies will er nicht. Aber trotzdem will er die Agrarparthei, zu der er früher gehört, und deren Grundsätze im allgemeinen nicht verwerfen! Er will sogar einer neuen Agrarparthei angehören, ohne Rücksicht auf politische Gegenseite (obgleich konservativ, will er es hier nicht sein), mit Berücksichtigung aller Interessen des Staates und der verschiedenen Klassen der Bevölkerung, dennoch vorzugsweise dahin wirken, nur Vertreter landwirtschaftlicher Interessen in die gesetzgebenden Körper zu wählen. Wie man das anfangen soll, sieht zwar nirgends dabei geschrieben. Man merkt die Absicht und — schau, trau, wem? Ein dritter Theil verhorresirt die Agrarier, will auch nicht konservativ sein. Wenn man ihm aber Projekte macht der unmöglichsten Art, welche einige Klassen der Bevölkerung auf das schmerlichste beschädigen würden u. s. w., so stimmt er für alle Utopien der Agrarier. Man vergleiche die Debatte und die Erklärungen des Ausschusses des Kongresses deutscher Landwirthe zu Frankfurt a. M. und zu Berlin. Wozu soll dies Alles! Dient es wirklich in solchen Übertreibungen en in mancherlei begründeten Klagen der Landwirtschaft abzuhelfen?

Sicher nicht. Wer sich ein Ohr für seine Ansichten in politischen Dingen verschaffen will, der muß vorher sich das Vertrauen erworben haben, unparteiisch und uninteressirt das Wohl des Staates sowie aller Klassen und Berufskarten des Volkes gleichmäßig im Auge zu haben. Dann erst vermag er den nötigen Einfluß zu gewinnen.

Den nächsten Angriff scheint man auf den Kongress deutscher Landwirthe zu machen, um ihn den falschen Prinzipien dienstbar zu machen. Als der Kongress in Berlin 1866 gegründet wurde, war es schon schwer, einfache Statuten durchzusetzen, welche denselben in ähnlicher Weise, wie den statistischen, den volkswirtschaftlichen, organisierten: als eine freie Versammlung, der Gelegenheit gegeben wird zum Austausch der Meinungen, sowie um Beschlüsse zu fassen über das, was der Landwirtschaft Noth thut. Ein großer Theil der Mitglieder wollte sofort eine Art konstituierende Versammlung daraus machen, aus dem ein landwirtschaftliches Parlament hervorgehen sollte. Es ist der ewige Irrthum ständischer Vertretung, welcher hier vorlag. Die feudale Agrarparthei hielt sich nach diesem Mißglücke ihrer Anschaunungen ziemlich fern! Ein freier Kongress doch zu sehr nach Volksversammlung. Als aber die Debatten dort größere Bedeutung gewannen, der Kronprinz, Fürst Bismarck dieselben mit ihrem Besuch ehrt, da änderte man die Parole und stürzte nun aus Pommern und der Mark massenhaft in die Versammlung. Einen Abschluß erhielten diese Bestrebungen in der Gründung eines Landwirtschaftsrathes im Reich. Aber siehe da, o Schrecken, dieser aus Wahlen hervorgegangene Landwirtschaftsrath war nicht aus lauter Vertretern der offenen oder verdeckten Agrarparthei zusammengesetzt, und sah oft Beschlüsse, welche diesen Ansichten widersprachen, und auch der Kongress war nicht allemal feudal agrarisch zu überstimmen. Das soll nun geändert werden. Leider hielten sich die besonneneren und liberalen Mitglieder des Kongresses zu sehr fern. Nun hat die Majorität des Ausschusses, meistens aus der bezeichneten Parteirichtung bestehend, den Beschluß gefaßt, daß in Zukunft nur die ständigen Mitglieder im Kongresse stimmberechtigt sein sollen. Geht der Kongress auf diesen beschränkenden Beschluß ein, so ist damit jeder Einfluß desselben verloren. Nur durch die innere Wahrheit, die überzeugende uninteressierte Darlegung der vorurtheilsfrei gesammelten Thatachen in freier Versammlung, kann ein solcher Kongress auf die öffentliche Meinung umgestalten einwirken, und die Abstimmung ist stets nur ein zwar nicht unwichtiges, aber doch nur nebenbergebendes Moment. Man verwechselt eben immer Kongresse und denkt sich ein Nebenparlament. Wenn dann der Kongress durch Annahme der Vorschläge des Ausschusses sich um den so nötigen Einfluß und um jedes Vertrauen gebracht hat, so gibt es wohl wieder Gelegenheit, auf Neue die Klagen über die liberale Regierung, die überalnen Parteien und Gesetze und die Schädigung der Landwirtschaft vorzubringen, wo man doch selbst durch unklinges Vorgehen diese Schädigung bewirkt hat.

Wir wollen hier gleich anführen, daß wir die Zustände sowohl des landwirtschaftlichen Gewerbes als auch des Grundbesitzes in den östlichen Provinzen durchaus nicht als glückliche bezeichnen können, daß wir viele berechtigte Klagen theilen, und die Schwierigkeit der Lösung bei den eigentümlichen durch die allmäßige Kolonisation der östlichen Provinzen entstandenen Verhältnisse wohl würdigen, daß wir aber die Ursachen, und die Abhilfen meistens anderswo zu suchen haben. Vor allem aber ist es dringend nötig, der gesellschaftlichen Verbreitung von unwahren Meinungen und Anschaunungen ruhig und besonnen entgegenzutreten; Anschaunungen, die den wahren Thatbestand verdunkeln, und unter dem Deckmantel der privilegierten Vertretung der Interessen der Landwirtschaft, durch ihr verkehrtes Wesen im Lande Misstrauh und Hass gegen Regierung und Volksvertretung fören, nur zerstörend und nicht aufklärend wirken, um schließlich die wahren Bedürfnisse des Landes und der Landwirtschaft schädigend zu wirken.

Wie ist die Sachlage denn eigentlich, wenn wir sie aufrichtig betrachten? Die Staatsregierung sieht sich durch die Bedürfnisse des Landes veranlaßt, nach einer langen Zeit der Stagnation auf dem Wege der Gesetzgebung fortzuschreiten, und Einrichtungen zu treffen, die zum Theil in anderen modernen Staaten bereits lange bestehen und sich bewährt haben, andere die in der veränderten politischen Lage in der Gründung des deutschen Reiches ihre Ursache haben.

Dies sind nun zum Theil solche, welche schon längst mehr oder weniger von der liberalen Partei gefordert und als wünschenswerth bezeichnet wurden. Letztere erfüllt also eine freudige Pflicht, wenn sie der Staatsregierung auf diesem Wege ihre volle Unterstützung zusagt.

Wenn nun durch diese vielseitige, nothwendige, von der Regierung gewünschte Umgestaltung, wie nicht zu leugnen ist, sowohl für die Beamten als für das Publikum vielerlei Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten hervorgehen, so ist dies nicht Schuld der jetzigen Richtung. Es wäre leicht nachzuweisen, daß dieselben in der früheren Reaktionsperiode ihren Grund haben, die verhinderte, daß allmäßige nothwendige Reformen gemacht wurden, unnatürliche Zustände schufen, und nun den Eintritt der Änderungen doppelt fühlbar machen. Indessen wozu sollen diese gegenseitigen Beschuldigungen führen? Ist es nicht besser durch Rath und That die Regierung in ihrer schweren und segensreichen Thätigkeit zu unterstützen, und dafür Sorge zu tragen, so viel es an uns ist, die neuen Gesetze im Einzelnen so praktisch wie möglich zu machen, und die für die ganze Bevölkerung auch für die Liberalen entstehenden Unbequemlichkeiten der gewaltigen aber nothwendigen Reformen der neuen Gesetzgebung zu ertragen und durch opferwillige Thätigkeit zu unterstützen?

(Fortsetzung folgt.)

Ein Dekret der Index-Kongregation verkündet in triumphirendem Tone der gläubigen Welt, daß der Verfasser der Schrift „Drei Gewissensfragen über die Magdege, Mainz 1873“, also Bischof Ketteler, „sich läblich unterworfen und sein Werk von Irthümern gesäubert hat.“ Ob nicht dem Freiherrn von Ketteler, fragt die „Rhein- und Ruhrzeitung“, das Blut in die Wange steigt über die öffentliche Zurechtweisung, die ihm, dem gelehrt und schriftgewandten Mann, hier von den römischen Priestern ertheilt wird und die in ihrer väterlichen wohlwollenden Form für ihn um so demuthiger ist? Und die „N. A. S.“ bemerkt: Man sieht, für Rom ist immer noch nicht genug „Intellekt“ „gepflegt.“

## Deutschland.

Berlin, 3. Januar.

Der Kaiser hat, nach Mittheilung des berner „Bund“, ein Album mit Zeichnungen des jungen Künstlers Huguenin in Neuchatel dieser Tage um die Summe von 1000 Fr. angekauft. Es enthält meist Episoden aus der „Bourbaki-Zeit“ und ist durch Vermittlung des deutschen Gesandten, General v. Röder, der dasselbe in Bern gesehen, in den Besitz des Kaisers gelangt. Ferner hat Se. Majestät, wie man der „Strals. Btg.“ aus Bergen a. N. mittheilt, der Baufasse des Komite's für das Arndt-Denkmal die Summe von 1000 Thlr. als Weihnachtsgeschenk überweisen lassen.

Der Buchhändler Marwitz, Verleger eines in Wusterhausen erscheinenden Blattes, ist vom Kammergericht wegen eines wahrheitsgetreuen Referats über eine Gerichtsverhandlung auf Grund des bekannten Ober-Tribunals-Erkenntnisses verurtheilt worden.

Wie die „Börs.-Btg.“ hört, wird gegen die „Germania“ wegen Veröffentlichung der Anklageschrift gegen den Bischof Martin von Baderborn Anklage erhoben werden. Die „Germ.“ hatte dieselbe abgedruckt, weil nach ihrer Meinung der Prozeß gegen den Bischof kein Strafprozeß, sondern ein politischer Prozeß (vor dem Reichskriegsgericht für kirchliche Angelegenheiten), mithin der Abdruck erlaubt sei. Indessen bestimmt das Gesetz ausdrücklich, daß auf das Verfahren vor jenem Gericht die Bestimmungen des Kriminalprozesses Anwendung finden.

Gumbinnen, 2. Januar. Der zum Bezirkspräsidenten von Lohringen ernannte ehemalige Regierungspräsident von Puttkamer-Lyck verabschiedete sich in der „Pr. L. B.“ von dem Bezirk seiner bisherigen dreijährigen Wirklichkeit. Er dankt den ihm untergestellt gewesenen Beamten und Behörden für ihre Unterstützung, ebenso den anderen Verwaltungsbüroden, mit denen er die besten dienstlichen Beziehungen unterhielt, und bittet das Publikum um Bewahrung des ihm entgegengebrachten Wohlwollens, indem er die Beurtheilung seiner Amtsführung der Nachsicht anheimstellt.

Elbing, 31. Dezember. Oberbürgermeister Selle hat der „Altpr. Btg.“ zufolge in einem Schreiben der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung von seiner in Königsberg stattfindenden Wahl zum vorigen Oberbürgermeister Mittheilung gemacht mit dem Bemerken, daß er, obwohl die Initiative zu seiner Königsberger Kandidatur nicht von seiner Seite ausgegangen, er jetzt doch dem Ruf seiner Vaterstadt folge leisten wolle.

Löbau, 1. Januar. Das hier erscheinende Lokalblatt erhält folgenden merkwürdigen Vorfall. Am 23. Dezember stand Vormittags 10½ Uhr Kreistag in Neumarkt an. Zur festgefeierten Stunde fanden sich im Sitzungssalon drei Kreistagsmitglieder, Rittergutsbesitzer Keller-Wulff, Gutsbesitzer v. Rosick-Braitian und Gutsbesitzer v. Ubbel-Skarlin, im Sitzungssalon ein und entfernen sich, da sonst von Kreistagsmitgliedern Niemand, auch nicht der Vorsitzende Landrat Graf v. Bosendorff, sondern nur der Protovollführer anwesend war, einstweilen wieder. Kurz nach 11 Uhr fanden dieselben sich wieder ein und außerdem noch verschiedene Kreistagsmitglieder, so daß im Ganzen die Zahl von 16 anwesend war, während zur Beschußfahigkeit nur die Zahl von 15 Mitgliedern notwendig gewesen wäre. Etwa um 11½ Uhr erschien der Landrat Graf Bosendorff mit dem Hupe auf dem Kopfe in der Thüre und rief den Versammelten zu:

„Es tut mir leid, ich werde die Herren nicht aus der Kneipe von Landshut holen lassen, der Kreistag ist aufgehoben und wird heute unter keinen Umständen abgehalten.“

Darauf entfernte sich derselbe und den Kreistagsmitgliedern blieb nur übrig, nachdem dieselben eine Beschwerde an die Regierung abgesandt hatten, nach Hause zu fahren. Zur besseren Schattierung des Bildes müssen wir noch Folgendes anführen: Der Kreis Löbau ist 18 Quadratmeilen groß. In der Winterzeit sind die weiten Wege meist schlecht zu passiren. Die Kreis-reputirt sind meist ältere Herren, die Mehrzahl steht den Schätzern nahe.

Essen, 2. Januar. Die Verwaltung der Krupp'schen Werke in Essen hat an ihre Arbeiter folgendes Brifular gerichtet:

„Vergangene Jahre, welche allen Fabriken und Bergwerken so außergewöhnliche Arbeit brachten, haben den Arbeitern außergewöhnliche Löhne zugeführt. Diese scheinbar glückliche Zeit hat in das Gegenheil sich umgewandelt: Arbeit ist jetzt wenig geboten und Entlassungen

werden auf allen Werken vorgenommen. Auch die Gußstahlfabrik war zum ersten Male in dem Falle, eine größere Anzahl von Leuten entlassen zu müssen. Da die Löhne nicht im Verhältniß stehen zu den erreichbaren Verkaufspreisen, so wird für alle Zweige der Fabrik eine Erhöhung der Löhne notwendig eintreten müssen, so lange bis an ein richtiges Verhältniß zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen wieder hergestellt sein wird. Diese Ankündigung geschieht hiermit im Vorraus, damit Niemand plötzlich überrascht werde. Über das Maß und die Dauer dieser Lohnmäßigung läßt sich heute nichts sagen; sie hängt von den Zeitverhältnissen ab. Bei Durchführung dieser Erhöhung hofft die Firma indessen es zu ermöglichen, daß alle ihre Werke in voller Kraft fortarbeiten werden. Es wird ihr dabei zur größten Befriedigung gereichen, wenn alle treuen Arbeiter — trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse ruhig und ohne Sorge um ihre Zukunft — fortdauernd beschäftigt bleiben können, und sie wird nach wie vor bestrebt sein, denselben die Vortheile der Beschaffung aller Lebensbedürfnisse in möglichst erweitertem Maße zuzaufen. Ich bedauere diese Notwendigkeit der Lohnherabsetzung, verbinde damit aber die bestimmte Erklärung, daß jeder Ausdruck von Unzufriedenheit als Kündigung anzusehen ist. Essen, Gußstahlfabrik, den 28. Dez. 1874.“ (ges.) Fried. Krupp.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Mittheilung einiger Blätter, die Firma Fried. Krupp habe bereits zahlreiche Arbeiter-Entlassungen vorgenommen, unbegründet ist; es sind auf den Krupp'schen Werken in den letzten Monaten nur ca. 500 Arbeiter entlassen worden und stehen in Essen noch 10,500, in den Krupp'schen Bergwerken noch 5000 Arbeiter in Lohn.

Ashaffenburg, 30. Dezember. Vor dem hiesigen Bezirksgericht kam unangestgt eine Klage gegen den Kaplan Herberich zur Verhandlung. Derselbe hatte am 2. September im Wirthshause zu Rück einen Vortrag über die Sedanfeier gehalten, in welchem er den deutschen Kaiser einen „Sv. ....“ tauft und mit demselben Ehrentitel den Fürsten Reichskanzler bedachte. Die Verhandlung, zu welcher der Kaplan, der inzwischen an einen Ort in der Rhön versetzt worden ist, wohlweislich nicht erschienen war, ergab der „Ashaffen. Btg.“, daß derselbe diese Belästigungen im Zustande schwerer Trunkenheit ausstieß, weshalb das Gericht Milderungsgründe bei der Ausmessung der Strafe zugieß und den Kaplan nur zu einer Gefangenstrafe von vier Monaten verurtheilt. Ist denn, so muß man fragen, schwere Betrunkenheit ein Milderungsgrund für einen Geistlichen?

## Österreich.

Wien, 1. Januar. Die „Deutsche Btg.“ wirft folgenden wenig erbaulichen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Jahres in Österreich:

Es war kein gutes Jahr, das wir am 31. Dezember 1873 beurtheilen, und wenn uns etwas Trost einschlägt an jenem trübseligen Sylvester-Abend, so war es die Hoffnung, sein Nachfolger werde, zum Theile wenigstens, die Wunden heilen, die es geschlagen. Aber auch diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Wenn wir heute die Bilanz ziehen zwischen den Rechtspunkten und den Schattenseiten, die das scheidende Jahr bietet, haben sich kaum zwei, drei schimmernde Sternlein von einem unerquicklich düsteren Nachthimmel ab. Wir haben keinen Krieg geführt und es ward nicht neuerdings an der Verfassung gerüttelt, unsere auswärtige Politik hat sich durch die Annäherung an Deutschland und Russland gebessert, die thörichte Abstinenz der Slaven erscheint gebrochen durch den Eintritt der tschechischen Mährer in den Reichsrath, sowie der Jungczechen in den böhmischen Landtag und auf legislatorischem Gebiete erzielen die neue Strafprozeßordnung als erfreulicher Fortschritt — da sind wir aber auch mit den Rechtspunkten gewissenhaft fertig. Nach allen anderen Richtungen wurde keine einzige berichtigte Erwartung erfüllt; weder die Regierung noch der Reichsrath zeigten sich den ihnen ugewiesenen Aufgaben gewachsen. Man kann die konfessionellen Geiste nicht im Einst als Fortschritt bezeichnen wollen, so lange sie tatsächlich nicht geübt werden, so lange sie ein unvollendet Stückwerk bleiben, weil die Regierung „mit gebundenen Händen“ nicht Muß und Absicht hat, sie durch die obligatorische Civilie abzuschließen, und der Reichsrath nicht die Energie, erstere dazu zu verhalten. Wir erfreuen uns der konfessionellen Gesetze, aber der Übermut des Clerus steigt, und eifriöse Stimmen sprechen ungeheure vom „katholischen Staate“ Österreich. Wir erinnern an die Mahrengel der Ruthenen und des Abgeordneten Prato, an die katholische Jesuiten-Debatte im Reichsrath, an die Angelini-Affaire, die Grafen Taaffe in Innsbruck und Goluchowski in Lemberg, an die Beibehaltung des Zeitungstempels, an die Blüthe des objektiven Verfahrens, gegen das jedes Anklämpfen angloz, und können keines politischen Fortschritts in diesem Jahre gewahr werden. Allüberall Stagnation, und was sich unter dieser Stagnation vorbereitet, läßt sich nur zu leicht denken. Volkswirtschaftlich ist die Lage womöglich noch trauriger. Die Krise vom Jahre 1873 lastete mit voller Schwere so recht eigentlich erst in diesem Jahre auf uns. Herr de Preiss sah mit verschämt Armen zu und der Reichsrath zeigte wohl guten Willen, aber gleichfalls weder Fähigkeit noch Kraft, Erleichterungen zu schaffen. Unheimliche Schlagdämmen warf zudem die Krise in Ungarn, die

Bon den einheimischen Darstellern wurde der Gast nach besten Kräften unterstutzt. Die Prinzessin Wilhelmine und deren Hofdamen fanden in Fr. Schenk und Fr. Eckstein sehr anmutige Vertreterinnen. Herr Willi spielte den Erbprinzen von Baireuth mit erschlichem Fleisch. Unserer Meinung nach wäre Ritter Hoizam, Herrn Fiedler zugemessen, für ihn die passendere Rolle gewesen. Der Erbprinz wäre dann dem jugendlichen Liebhaber, bei uns Herrn Winds, zugefallen, der dagegen den Grenadier Echhof darzustellen hatte.

E.

## Der Neujahrstag eines Glücklichen.

Die ersten Freuden und Leiden des Jahres 1875 sind überstanden. Glücklich derjenige, welcher sich bei den Freuden nicht einen Katharr resp. einen Kater geholt und die Leiden wie ein Fatalist als unabwendbare Fatalitäten hingenommen hat. Zu diesen „Glücklichen“, verehrte Leserin, gehört Ihr unterthänigster Schreiber dieser Zeilen. Ich habe mit lachender Miene und ohne Zuden am Neujahrsmorgen die kleinen Pillen verehrt, welche meine Frau mit den Glückwünschen des Tages geschickt zu vermengen wußte, habe die Odeumationen meiner 11 unerzogenen Kinder mit wohlwollender Geduld hingenommen und wenn sie stecken blieben, ihnen nachgeholfen, habe den Gratulanten im Frack, welche unsere persönliche Gegenwart beanspruchen, herzliche Wünsche geboten, und den Gratulanten, welche vor der Thüre stehen blieben, je nach Rang und Verdienst Mark- und Thalerstücke verabreichen lassen; schon in den letzten Abendstunden des vergangenen Jahres hatte ich alle Neujahrsbriefe besorgt, selbst das gewichtige Billet an den Hausarzt; und ich konnte deshalb, während die verschiedenen Postkarten eingingen, noch einige Biertasten des herrlichen Vormittags den eigenen Angelegenheiten widmen. Wie viel Zeit muß der zivilisierte Mensch fremden Leuten opfern, und wie wenig bleibt ihm für das eigene Selbst, für die Pflege des Geistes und Körpers! dachte ich, als ich mir behaglich den Backenbart stufte.

Da klingelte es und alsbald meldete eine Diennerin, daß die städtische Gasanstalt, vertreten durch einen würdigen Unterbeamten, nicht

den Staat selbst an den Rand des Unterganges brachte, zu uns herüber, und jetzt am Schluß des Jahres zeigt es sich, daß auch der Eintritt Obry's ins Kabinett die Hoffnungen nicht erfüllte, die man an ihn knüpfte. Und bei all' der Misere fanden die Magyaren, so recht, als wollten sie sich auch die letzten Sympathien entziehen, noch Zeit und Lust zur Vergewaltigung der Siebenbürgen Sachsen, deren nationale Existenz durch Szapary's famosen Arrondirungs-Entwurf in ihren Wurzeln bedroht ward.

## Frankreich.

Paris, 2. Januar. Der offiziöse Minister bringt in Bezug auf Spanien Folgendes:

Nach glaubwürdigen Nachrichten soll der Marschall Serrano leineswegs der Mitschuldige des Pronunciamientos zu Gunsten von Don Alfonso gewesen sein. Der Chef der Exekutivgewalt hatte sogar Anfangs die Absicht, sich mit Gewalt dem Staatsstreich zu widersetzen, der seiner Diktatur ein Ziel setzte. Als er jedoch Widerstand leisten wollte, war es zu spät. Die Truppen waren gewonnen. Der Marschall Serrano hatte daran gedacht, 20 bis 25.000 Mann Truppen um sich zu sammeln. Er hatte deshalb die ganze Nordbahn requirierte. Der Plan konnte aber nicht ausgeführt werden und der Marschall saß gefangen, nach Madrid zurückzukehren, von wo er mit der Herzogin sich nach Portugal begeben haben soll. Die Verschwörung war jedoch Sagasta bekannt, welcher bei dieser Gelegenheit Betreß der Alfonisten so gehandelt haben soll, wie Castelar es dem Marschall Serrano und dem General Parada vor einem Jahre gethan hatte. Der hiesige spanische Geschäftsträger begab sich nach ihm von Madrid zu gegangenen Befehlen, heute zu dem neuen König, um ihn zu beglückwünschen. Der junge Souverän beauftragte ihn, die Depesche des Königs Leopold nach Madrid zu senden. Unsere Privatdepeschen konstatirten, daß die Restauration von der sehr großen Majorität der Armee und der Nation angenommen worden ist. Man braucht übrigens nur die Augen auf die Liste des neuen Kabinetts zu werfen, um sich zu überzeugen, daß die verschiedenen Parteien, welche sich in Spanien fürthlich noch hartnäckig befämpften, heute die Notwendigkeit der konstitutionellen Monarchie anerkannet zu haben scheinen. Unter der Zahl der neuen Minister figurirt Herr Ahala, der, wie wir glauben, zum wenigsten sehr naher Verwandter desjenigen ist, welcher 1868 seinen Namen unter das cadiyer Manifest setzte, welches mit den Worten schloß: „Nieder mit allen Bourbonen!“ Wenn der neue Minister Alfonso XII. vielleicht gar der Unterzeichner des Manifestes ist, so wird diese Thatfrage noch bedeutungsvoller sein, weil sie schlagend darthut, wie sehr sich die Meinungen jenseits der Pyrenäen geändert und man Betreß der republikanischen Experimente die Illusionen verloren hat. Die Ereignisse sind berufen, einen großen Einfluss auf die Geschichte der carlistischen Sache auszuüben. Vom militärischen wie vom finanziellen Standpunkt ist es gewiß, daß die Republik den Interessen des Präsidenten größere Dienste leistete, als die auf die ganze Nation gestützte konstitutionelle Monarchie.

Das orleanistische Journal de Paris, das der Sache des Don Alfonso vollständig gewonnen ist, erzählt:

„Seit zwei Tagen erhält der König von Spanien eine Unzahl von Besuchen. Sein Höflichkeit, seine Einfachheit, seine Offenheit brachten den besten Eindruck auf die hervor, welche die Ehre hatten, ihn zu sehen. Ein politischer Mann, welcher gestern von ihm empfangen wurde, sagte ihm: „Ich bedauere, daß Sie nicht erfüllt. Wenn wir heute die Bilanz ziehen zwischen den Rechtspunkten und den Schattenseiten, die das scheidende Jahr bietet, haben sich kaum zwei, drei schimmernde Sternlein von einem unerquicklich düsteren Nachthimmel ab. Wir haben keinen Krieg geführt und es ward nicht neuerdings an der Verfassung gerüttelt, unsere auswärtige Politik hat sich durch die Annäherung an Deutschland und Russland gebessert, die thörichte Abstinenz der Slaven erscheint gebrochen durch den Eintritt der tschechischen Mährer in den Reichsrath, sowie der Jungczechen in den böhmischen Landtag und auf legislatorischem Gebiete erzielen die neue Strafprozeßordnung als erfreulicher Fortschritt — da sind wir aber auch mit den Rechtspunkten gewissenhaft fertig. Nach allen anderen Richtungen wurde keine einzige berichtigte Erwartung erfüllt; weder die Regierung noch der Reichsrath zeigten sich den ihnen ugewiesenen Aufgaben gewachsen. Man kann die konfessionellen Geiste nicht im Einst als Fortschritt bezeichnen wollen, so lange sie tatsächlich nicht geübt werden, so lange sie ein unvollendet Stückwerk bleiben, weil die Regierung „mit gebundenen Händen“ nicht Muß und Absicht hat, sie durch die obligatorische Civilie abzuschließen, und der Reichsrath nicht die Energie, erstere dazu zu verhalten. Wir erfreuen uns der konfessionellen Gesetze, aber der Übermut des Clerus steigt, und eifriöse Stimmen sprechen ungeheure vom „katholischen Staate“ Österreich. Wir erinnern an die Mahrengel der Ruthenen und des Abgeordneten Prato, an die katholische Jesuiten-Debatte im Reichsrath, an die Angelini-Affaire, die Grafen Taaffe in Innsbruck und Goluchowski in Lemberg, an die Beibehaltung des Zeitungstempels, an die Blüthe des objektiven Verfahrens, gegen das jedes Anklämpfen angloz, und können keines politischen Fortschritts in diesem Jahre gewahr werden. Allüberall Stagnation, und was sich unter dieser Stagnation vorbereitet, läßt sich nur zu leicht denken. Volkswirtschaftlich ist die Lage womöglich noch trauriger. Die Krise vom Jahre 1873 lastete mit voller Schwere so recht eigentlich erst in diesem Jahre auf uns. Herr de Preiss sah mit verschämt Armen zu und der Reichsrath zeigte wohl guten Willen, aber gleichfalls weder Fähigkeit noch Kraft, Erleichterungen zu schaffen. Unheimliche Schlagdämmen warf zudem die Krise in Ungarn, die

Obgleich der Papst dem neuen König seinen Segen ertheilt haben soll, so sind die ultramontanen Blätter doch keineswegs mit dessen Thronbesteigung zufrieden. Das „Univers“ beschuldigt sogar den Fürsten Bismarck, die ganze Verschwörung angezettelt zu haben. Der „Monde“ benutzt die spanischen Vorgänge zu einem Angriff gegen den Herzog Decazes und beschuldigt denselben, daß er entweder die Sache im voraus gewußt und also Serrano nicht hätte anerkennen dürfen, oder daß er irre geleitet worden sei, und dann deshalb noch größeren Tadel verdiente, daß er sich auf eine Anerkennung des Dictators eingelassen. Die republikanischen Blätter sind entrüstet über die Vorgänge in Spanien, zumal sie befürchten, daß sich Aehnliches in Frankreich zutragen könne. Die Sprache der Bonapartisten ist nach wie vor sehr lebendig und sie benutzen die neue spanische Militär-Revolution, um dazu anzufeuern, daß man Spanien sich zum Vorbild nehmen möge. „Gaulois“ meint, der kaiserliche Prinz sei 18 Monate älter, als Don Alfonso, und er könne daher eben so gut Kaiser werden, wie dieser König geworden sei. Die Befürchtungen, daß es zu Gewaltstreichen kommen könne, werden übrigens von der legitimistischen „Union“ gehetzt. Dieselbe meint, daß „heute Alles von einem Lager von Prätorianern und von einem Käufer abhänge, der reich genug sei, es zu kaufen.“ (Köln. Btg.)

unahm' Ihnen, mir am Neujahrstage ihren Glückwunsch zu entbieten. Gerührt von dieser zarten Aufmerksamkeit für mein Wohlbefinden, ließ ich den Vertreter der städtischen Gasanstalt meinen herzlichen Dank aussprechen und einige Markstücke mit dem aufrichtigen Wunsche übergeben, daß der Kommune im begonnenen Jahre nie das Gas fehlen möge, um jederzeit gut erleuchtet und beleuchtet zu sein. Dabei fiel es mir ein, wie heilsam es sei, sich am Beginn des Jahres selbst ein Gaslicht anzustecken. Ich holte mein Wirtschaftsbuch hervor, auf welchem die Inschrift prangt „Mit Gott“, weil man in Zeiten des Kriegs einen solventen Kompagnon gebrauchen kann, und zählte die Posten auf der letzten Seite des Quartals zusammen. Welch' eine hübsche Summe hatte ich mit Gott und anderen Personen in diesem Vierteljahr verbraucht! Wenn man die Zahlen nicht vor sich sähe, würde man dies gar nicht glauben. Und ich habe doch nichts verschwendet, habe einfach und solide gelebt, rauche nur Groschen-Zigarren, und meine Frau hat in diesem Winter nichts als zwei seidene und drei wollene Kleider, einen Ballstaat, einen Wintermantel, ein Büffet, einen Schmid mit echten Steinen und einige andere Kleinigkeiten erhalten. Diesen Morgen aber, als sie den Thermometer gesehen, hatte sie mir anvertraut, daß sie sich einen Pelzmantel, mit Sammet bezogen, wünsche. Für 100 Thlr. könnte ich schon einen sehr guten Mantel bekommen, über 300 Thlr. würde ich jedenfalls nicht gehen“, meinte die thuree Gatlin.

„Liebe Frau“, sagte ich, während die Zahlen des Kontobuchs mir entgegenstarnten, „wir müssen uns einschränken, sonst haben wir am Schlus des Jahres mit Gott ein zölleithanisches Defizit zu buchen.“

Lieber Felix, erwiderte mein Felicitas, „Du siehst zu schwarz. Wie kannst Du nur mit so trüben Augen in das neue Jahr blicken, während es Dich mit hellem Sonnenschein begrüßt.“ In der That lachte das junge Jahr sonnenhell zum Fenster herein, als hätte es nur Lust und Liebe von dem Borgänger geerbt. Aber es war ein eiskaltes, herzloses Lachen. „Allerdings hat das junge Jahr merkwürdig rasch lachen gelernt,“ sagte ich, „aber es lacht mit einer Kälte — von 14 Grad.“

„Ein Beweis, daß es seine Pflicht kennt. Es weiß, was sich für

## Italien.

Nom. 2. Januar. Die päpstliche Encyclica, welche die Feier eines Jubeljahres für 1875 festsetzt, ist vom 24. Dezember datirt. Es sei ein uralter heiliger Gebräuch der Kirche, so beginnt dieselbe, in gewissen Beiträumen den Schatz der Leiden Christi, der Jungfrau Maria und der Heiligen den Gläubigen mit vollen Händen zu spenden. So habe Leo XII. noch im Jahre 1825 unter der lebhaftesten Belebung aller Katholiken des Erdkreises diese Feier begangen. Nach den Traditionen der Kirche hätte die nächste Feier im Jahre 1850 stattfinden müssen. Diese sei aber durch die beklagenswerthe Lage der Zeitumstände verhindert worden. Am schönsten und passendsten wäre nun wohl diese Feier mit dem großen ökumenischen Konzile vereinigt worden, damit die Gebete der Gläubigen den Beschlüssen desselben eine besondere Weihe hätten geben können. Da aber dieses Konzil durch beklagenswerthe Zeitumstände in seinem Verlaufe unterbrochen worden sei, so wolle Pius IX. den Katholiken nicht länger die mit der Feier eines Jubeljahres verbundenen großen Spenden und religiösen Gnaden vorerhalten, zumal zu einer Zeit, wo die Kirche von so vielen Leidern bekränzt würde, wo das Gifft des Unglaubens sich mehr und mehr verbreite und die Anstrengungen der Gottlosen eine nie geahnte Höhe erreichten. Im Folgenden setzt der Papst die Bedeutung der Feierlichkeit auseinander und gibt Priestern und Laien in den verschiedensten Lagen und Verhältnissen Anweisung, wie sie sich die mit der Feier verknüpften kirchlichen Wohlthaten zugänglich machen könnten. Dieser Theil von ausschließlich kirchlicher Bedeutung bildet den Mittelpunkt der ganzen Encyclica. Zum Schluße erst wendet Pius IX. sich wieder allgemeineren, zum Theil mit politischen Anspielungen vermischten Gesichtspunkten zu. Er verflucht das immer allgemeiner werdende Verbrechen der Gotteslästerung, er empfiehlt mit eifriger Sorge, über eine gute Erziehung der Kleriker zu wachen und er ergeht sich in heftigen Ausdrücken über die gesammte moderne Erziehung der Jugend. Seine Schlusssätze über diesen Punkt lauten:

"Wachet mit Sorgfalt und standhaftem Eifer darüber, daß die vor treffliche Disziplin unter dem Klerus erhalten werde, daß die Geistlichen, wie bisher eine gute Erziehung genießen, und strebt mit allen Euren Mitteln, mit Allem, was in Eurer Macht steht, dahin, aller Dienst die verführte Jugend auf bessere Wege zu geleiten, denn Ihr könnt Euch nicht vorstellen, in welcher schrecklichen Gefahr sich dieselbe befindet und welch entziegtes Schicksal ihr bevorsteht. So überaus schmerlich war ein solches Unglück dem Herzen des göttlichen Erlösers, daß er gegen seine Urheber die furchtbarlichen Worte aussieht: „Wer einem von diesen Kleinen, die an mich glauben, Abgeriss giebt, dem wäre es besser, man hände ihm einen Mühlstein an den Hals und würde ihn ins Meer.“"

Pius IX. beschwört die Gläubigen, ihre Herzen der erhabenden Feier nicht zu verschließen.

"Die Majestät Gottes", sagt er, "zeigt uns deutlich, was sie von uns verlangt, weil wir uns in Folge unserer Verfehltheit seit langer Zeit unter dem Vorwurfe ihres Tadels und unter dem Drucke ihres Hornes befinden. Die Menschen haben ja die Gewohnheit, allemal, wenn sie sich in besonders drückenden Verhältnissen befinden, Gesandtschaften an die benachbarten Nationen zu schicken, um deren Hilfe zu ersuchen. Warum sollten nicht auch wir eine Gesandtschaft zu Gott entsenden. Ihnen wollen wir anflehen, seine Hülfe lädt uns durch Bitten, durch Almosen und Fatten ersuchen. Dessen sei gewiß, je näher wir Gott kommen, desto weiter werden unsere Feinde vor uns zurückgeschlagen werden."

Der Papst schlägt mit dem Wunsche, daß auch die Hörer, die sich unter dem Joch böser Leidenschaften und im Dienste des Teufels befänden, seine Stimme hören möchten.

## Rußland und Polen.

Warschau, 29. Dezember. [Generalsuperintendent von Ludwig] der oberste geistliche Würdenträger der evangelischen Kirche im Königreich Polen, freisinniger Theolog der Schleiermacherschen Schule und ausgezeichneter Kanzelredner, ist nach langjähriger, von der Regierung durch zahlreiche Auszeichnungen bestäigt anerkannter Amtsführung vor Kurzem aus seiner Stellung ausgeschieden. Die evangelischen Deutschen in Polen sind Herrn v. Ludwig zu vielfachem Dank verpflichtet.

## Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Bukarest wird von einer bedeutsamen Manifestation der russischen Regierung berichtet. Dem „Pest. Lloyd“ wird nämlich unterm 24. d. M. geschrieben:

Der diplomatische Agent Russlands hatte an einem der letzten

den Januar schick, und wir können nach diesem ersten Griff erwarten, daß Achtzehnbundekurfundstiezig immer leisten wird, was man von ihm beanspruchen kann. Zunächst erhält es für die Schlitzen den Schnee und schafft den Bierbrauern Eis, so daß Dir ein gutes Bier in Aussicht steht."

„Wer weiß, wie bald dieses Eis zu Wasser wird! Wer zu gleicher Zeit südlichen Sonnenschein und nordische Kälte produziert, liebt die Extreme und muß ein launischer, verschwenderischer Herr sein. Ich fürchte, das Jahr wird sehr anspruchsvoll werden, da es gleich am ersten Tage für Dich einen Pelzmantel erforderlich macht und einen bedeutenden Mehrauswand von Brennmaterial fordert."

„Aber, lieber Mann, das Brennmaterial wird ja bald gar nichts mehr kosten.“

„Nanu! Ich habe mit Dr. Schwärmer über den Fäkalstoff gesprochen, er versprach mir, uns alle Wochen einmal zum Abendbrot zu besuchen und bei dieser Gelegenheit so viel Brennmaterial zu fabricken, als wir für die ganze Woche brauchen. Als Laboratorium sollte ich ihm nur unser Kloset einräumen. Da wir somit unseren Kohlenkeller nicht mehr brauchen, so würde ich vorschlagen, auch dort Fäkalababoratorien anzulegen und Federmann die Benutzung zu gestatten.“

„In der That, das verspricht eine jährliche Ersparnis von 100 Thalern oder 300 M. Ich wünschte nur, daß die Herren Chemiker auch einen Fäkalstoff entdecken, aus welchem man Brot und Fleisch extrahiren könnte, denn diese Lebensmittel sind zu teuer.“

„Werden auch billiger werden“, sagte meine Frau, welche in dem Gedanken an ihren Zukunftsspazier meinen Besitzismus zu verscheuchen suchte. „Der neugeborene Konsumverein, welcher jetzt seinen Laden eröffnet, wird alle Ware, nicht nur Brot und Fleisch um die Hälfte billiger verkaufen, und seinen Mitgliedern am Ende des Jahres noch eine hohe Dividende auszahlen, welche wir in den neuen Vorschussverein auf Zinsen anlegen, um dafür im nächstfolgenden Sommer eine Reise nach der Schweiz zu machen“ . . .

„Wo bekanntlich das Milchmädchen lebt, welches ihren Topf Milch

Tage eine längere Unterredung mit dem Minister des Neuzerns, Herrn Boresco. Bei dieser Gelegenheit soll der Vertreter Russlands dem fürstlichen Minister die Erklärung gegeben haben, daß das Petersburger Kabinett, so bereitwillig es den Beziehungen Rumäniens, seine Handelsbeziehungen zu erweitern und zu regeln, Unterstützung angebieten lasse, sich gegen jede Auslegung verwahren müßte, die hierin eine Aufmunterung zur Verleugnung der vertragsmäßigen Rechte der Porte erblicken wollte. Man vermutet, daß eine ähnliche, vielleicht sogar bestimmtere Erklärung auch in Belgrad abgegeben worden sei, wohin sich die Blicke der Aktionspartei mit großen Hoffnungen wenden. Im Senate hat Minister Boresco die von einer Seite begehrte Vorlage der auf die mit Österreich-Ungarn abzuschließende Konvention bezüglichen Dokumente rundweg abgelehnt.

## Parlamentarische Nachrichten.

\* Der Bankgesetz-Kommission werden am Montag den 4. d. die auf die Reichsbank bezüglichen Vorschläge des Bundesrats in der Form eines Amendments des Abg. Garnier unterbreitet werden. Dieselben sind paragraphirt und legen Folgendes fest:

Titel 2 des Bankgesetz-Entwurfs, die Reichsbank betreffend, § 13: Unter dem Namen Reichsbank wird eine unter Aufsicht und Leitung des Reiches stehende Bank errichtet, welche die Eigenschaft einer juristischen Person besitzt, den Geldumlauf des gesamten Reichsgebietes zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für Nachzurücknahme des verfügbaren Kapitals zu sorgen hat. Der Hauptstift der Bank befindet sich in Berlin. Sie ist berechtigt, überall im Reiche Filialen zu errichten. Der Bundesrat kann die Errichtung solcher Filialen anordnen. § 14 behandelt ausführlich die der Reichsbank erlaubten Geschäfte. § 15 bestimmt: Die Reichsbank hat jeweils den Diskont und am 8., 15., 21. und Letzten jeden Monats ihren Aktiv- und Passivstand zu publizieren. § 16 lautet: Die Reichsbank hat das Recht, nach ihrem Verkehrsbedürfnis Noten zu emittieren. Die Ausfertigung und Einziehung dieser Noten erfolgt unter Kontrolle der Reichskontrollen-Kommission. § 17 setzt die Dritteldeckung fest. § 21 bestimmt: Die Reichsbank ist im ganzen Reiche frei von allen Einkommen- und Erwerbssteuern. § 22 verpflichtet die Reichsbank, entgeglos die Kassen-Geschäfte für das Reich zu besorgen, namentlich für Rechnung derselben Zahlungen anzunehmen und bis zur Höhe des Reichsauthabens zu leisten. Sie ist berechtigt, dieselben Geschäfte für die Bundesstaaten zu übernehmen. § 23. Das Grundkapital der Reichsbank beträgt 120 Mill. Mark in 40.000 auf Namen lautenden Anteilen. § 24: Aus dem Reingewinn wird jährlich unter die Besitzer der Anteile eine ordentliche Dividende von  $4\frac{1}{2}$  Prozent vertheilt, vom Mehrbetrag kommen 20 Prozent in den Reservefonds, und vom Ueberrest wird die eine Hälfte der Eigener der Anteile als Superdividende überlassen, die andere Hälfte der Reichskasse abgetreten. § 25: Die Aufsicht des Reiches über die Bank übt ein Bank-Kuratorium, bestehend aus dem Reichskanzler und vier Mitgliedern. Eines ernennet der Kaiser, die übrigen der Bundesrat. Das Kuratorium kommt einmal vierteljährlich zusammen und erläutert den Bericht über alle Verhältnisse der Reichsbank. §§ 26 und 27: Die Leitung der Reichsbank übt der Reichskanzler aus, und unter diesem das Direktorium der Reichsbank als verwaltende, executive und nach Außen hin vertretende Behörde, dessen Präsident und Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrates vom Kaiser zu ernennen sind. § 28: Die Beamten der Reichsbank haben die Rechte und Pflichten der Reichsbeamten. Kein Reichsbank-Beamter darf Anteile besitzen. §§ 30 und 31: Die Eigener der Anteile üben ihren Theil an der Verwaltung der Reichsbank durch die Generalversammlung und einen ständigen aus ihrer Mitte gewählten Kontroll-Ausschuß aus, welcher die Eigener der Anteile gegenüber der Verwaltung vertritt. Derselbe besteht aus fünfzehn Mitgliedern, von denen neun in Berlin wohnen müssen. Ein Drittel scheidet jährlich aus dem Kontroll-Ausschuß aus. Dieser tritt unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums monatlich einmal zusammen. § 32 präzisiert, wie dem Kontrollausschuß monatlich über alle Geschäfts- und Verwaltungsverhältnisse zu referieren ist. § 34: Die fortlaufende Spezial-Kontrolle über die Verwaltung der Reichsbank üben drei Deputierte des Kontroll-Ausschusses, auf ein Jahr von diesem gewählt. Sie dürfen allen Sitzungen des Direktoriums beiwohnen, jederzeit die Bücher und die Portefeuilles der Bank einschauen und allen Kassenrevisionen beiwohnen. § 36: Außerhalb des Haupthauses der Bank sind an den vom Bundesrat zu bestimmenden größeren Plätzen Reichsbank-Comptoirs zu errichten, bei denen die Eigener der Anteile durch einen dem Zentral-Ausschuß entsprechenden Bezirks-Ausschuß vertreten werden und von denen zwei bis drei Deputierte fortlaufende Spezial-Kontrolle üben. § 39 schreibt allen an der Verwaltung der Reichsbank beteiligten Beamten, den Mitgliedern des Ausschusses und den Beigeordneten Schweigen über alle Einzelgeschäfte der Bank vor. § 40: Das Statut der Reichsbank wird nach Maßgabe der angeführten Bestimmungen vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat erlassen. § 41: Das Reich behält sich das Recht vor, am 1. Januar 1891, später von zehn zu zehn Jahren, auf Anordnung des Kaisers und mit Zustimmung des Bundesrates a) die Reichsbank aufzuhaben und b) sämtliche Anteile der Reichsbank zum Nennwert zu erwerben. Titel 3, §§ 40 bis 55, betrifft die Privat-Notenbanken, Titel 4, §§ 56—59, die Strafbedingungen und Titel 5. die Schluffbestimmungen §§ 60—62. ermächtigen den Reichskanzler, mit der Preußischen Bank wegen deren Übergang an das Reich folgenden Vertrag abzuschließen: „Preußen

tritt nach Zurückziehung seines Einstufungskapitals von 1.906.800 Thlrn., sowie der ihm zu stehenden Hälfte des Reservefonds die Preußische Bank an das Reich ab. Preußen empfängt 15.000.000 M. Entschädigung, welche aus den Mitteln der Reichsbank zu decken ist. Den bisherigen Eigenern der Anteile der Preußischen Bank wird der Eintausch gegen Anteile der Reichsbank vorbehalten. Die Reichsbank übernimmt die Verpflichtungen der Preußischen Bank betreffs der Preußischen Anleihe vom Jahre 1856.“

## Tagesübersicht.

Posen, 4. Januar.

Der Birkularerlaß des Fürsten Bismarck in Bezug auf die nächste Papstwahl hat im ultramontanen Lager eine Polemik hervorgerufen, die auf falschen Voraussetzungen beruht. Man sucht in den leidenschaftlichsten Formen dem deutschen Kanzler nachzuweisen, daß er nicht befugt sei, sich in das kommende Konklave einzumischen, daß Deutschland kein Recht der Exklusivität besitzt und daß der einmal gewählte Papst auch ohne die Anerkennung der deutschen Regierung das rechtsfähige Oberhaupt der katholischen Kirche sein werde. Alles dies — so schreiben die, wie vermutet wird, inspirirten „D. Nachr.“ — steht mit der Tendenz des vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Birkulars durchaus in keinem berechtigten Zusammenhang. Von einer Einsichtnahme der deutschen Regierung bei der kommenden Papstwahl ist niemals die Rede gewesen, da man sehr wohl weiß, daß das römisch-deutsche Kaiser ausreichende Rechte von dem letzten derselben, Franz II., auf die Herrscher Österreichs übergegangen ist. Dadurch aber wird das Recht Deutschlands, einer nicht gültig zu Stande gekommenen Wahl die staatliche Anerkennung zu versagen, nicht eingeschränkt. Das Recht der Exklusivität d. h. die Befugnis, dem Kardinalskollegium ein Glied derselben zu bezeichnen, welches von der Wahl zum Papst auszuschließen ist, besitzt gegenwärtig nur drei Staaten: Österreich Frankreich und Spanien. Wenn von katholischer Seite bezweifelt wird, daß dieses Recht im nächsten Konklave ausgeübt werden wird, so ist an eine Sitzung der österreichischen Reichsrathsdelegation aus dem Monat April 1873 zu erinnern, in welcher sich Graf Andrássy über diesen Punkt aussprach. Der Minister lehnte eine bestimmte Erklärung über das Verhalten Österreichs bei einer künftigen Papstwahl zwar ab, bemerkte aber, was das Beto betrifft, im Allgemeinen, daß er die Absicht habe, dem Kaiser nie zu ratzen auf irgend ein Recht das er besitzt, zu verzichten. Dass andererseits der römische Stuhl dies Beto als noch zu Recht bestehend gelten lassen muß, geht aus einer Konstitution des Papstes Gregor XV. vom 26. November 1621 hervor, welche derselben ausdrücklich anerkennt und erwähnt.

Nachrichten von Belang liegen aus Spanien heute nicht vor. Überhaupt verräth die ganze Art und Weise, wie die spanische Nation den alphonistischen Staatsstreich aufgenommen hat, das Vorhandensein eines hohen Grades von Bedürfnis nach Ruhe und Frieden im Volle. Man ist der unsicherer lahm Zustände einerseits und der abenteuerlichen Politik andererseits wohl müde geworden, so daß die monarchische Restauration den meisten der Spanier, die noch etwas zu verlieren hatten, sehr à propos gekommen zu sein scheint. Wir meinen, daß das in Paris erlassene Amnestiedekret Alfons XII. für die Carlisten der Sache des Präsidenten leicht den Todesstoß geben dürfte. Federmann rettet gern seinen Hals. Die Begeisterung für Don Carlos war schon im Laufe der letzten Monate stark im Abnehmen begriffen, wie der Uebertritt carlistischer Bataillone auf französischen Boden, resp. zu Serrano deutlich gezeigt hat. Es dürfen dem Gottesstreiter, wenn er es wirklich wagen sollte, den Aufstand weiter fort zu führen, nur Abenteurer und Briganten von Profession als Compagnies verbleiben. Hierüber kann sich selbst Don Carlos unmöglich Illusionen machen. Sonst wurde im Laufe des Tages noch der Abgang einer Empfangsdeputation für den neuen König von Madrid nach Marseille, resp. Barcelona bestätigt. Die Ennennungen gesinnungsläufiger Alphonisten zu Träger hoher Würden, kann nicht Wunder nehmen.

Über die Gutarri-Affaire bringt die „N. A. Z.“ auf Grund amtlicher Berichte eine längere Mitteilung, welche die Angaben der „Rostocker Zeitung“ in allem Wesentlichen bestätigen. Neu ist in dem einen Berichte aus San Sebastian, der, wie es scheint, von dem Konsulatsverwalter herrißt, die Notiz, daß in den Küstenorten die demnächstige Abfahrt der deutschen Kanonenboote bekannt war, ein Umstand, welcher den Carlisten Mut gemacht haben wird, dann aber die Annahme, daß ein Eingreifen der spanischen Behörden

Lische führt. „Du sollst einen Filebraten erhalten, dem man es nicht anmerkt, daß der Staat und die Kommune ihn besteuert haben.“

„Mama, er dusftet, als ob er eingeschmuggelt wäre,“ rief mein vierjähriger Gelbschnabel.

„Um Gotteswillen, Karl, rede dich nicht in die Steuerdesraudation hinein.“

„Es wäre aber doch das einzige Mittel, um die kommunale Schlachtfeste zu ersparen,“ sagte der Gelbschnabel. „Wenn Papa ein Defizit befürchtet . . .“

„Sei unbesorgt,“ sagte ich würdevoll, „mir ist bereits ein Mittel eingefallen, um die Einnahme- und Ausgabenposten zu balanciren.“

Als wir Abends allein waren, fragte mich meine Frau sehr neugierig, ob ich größere Ersparungen in Aussicht genommen habe. Sollte ich ihr die Neujahrsfreude verderben? „Nein, meineheure Gattin,“ antwortete ich mit dreister Stirn, „aber ich rechne auf die Marktwährung.“

„Wie so?“

„Du weißt, daß von heut ab allwärts die Kontobücher nach der Marktrechnung eingerichtet werden müssen. Ein Feind von rapiden Reformen, werde ich mich begnügen, die Marktrechnung in diesem Jahre nur halb anzuwenden, und zwar im Einnahme-Etat, da gegen die Ausgaben noch in der Thalerrechnung verzeichneten. Dadurch werde ich unter den Einnahmen dreimal größere Zahlen und somit am Ende noch ein Plus bekommen.“

„Du bist ein Schall!“

„Glaube mir, meineheure Gattin, dies Mittel wird ebenso wirksam sein, unsere Ausgaben zu vermindern, als Dr. Schwärmers Fäkalsteine.“

Meine Frau sah mich lächelnd an, drückte meine Hand und sagte: „Lieber Feier, ich verzichte auf den Pelzmantel!“

„Bemühtigst du Frauen, Du bewahrst mich vor einem Defizit, das ich sonst hätte mit Gott buchen müssen. Gott wird dich dafür durch baldiges Thauwetter belohnen.“

Und so geschah es.

Felix Posner.

in diese Angelegenheit nicht zu erwarten sei. Ueber die Seiten der Reichsregierung zu ergreifenden Repressalien enthält die „N. A. Z.“ sich jeder Bedeutung. Der neuen alfonstischen Regierung bietet sich hier sofort Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Die Studentenruhen an den Hochschulen in Petersburg haben, wie von dort gemeldet wird, schließlich zu einem Prozeß geführt, der gegen eine Anzahl von Hörern des technologischen Instituts wegen Störung der öffentlichen Ruhe eingeleitet worden ist. Die Angeklagten kamen dabei sehr glimpflich weg, was jedenfalls als ein bedeutsamer Umstand anzusehen ist; zwei von ihnen wurden zu geringfügigen Geldstrafen verurtheilt, während die Uebrigen gänzlich freigesprochen worden sind.

## Lokales und Provincialles.

Posen, 4. Januar.

r. Der Verwaltungsrath des Konsumvereins hat nunmehr eine in jeder Beziehung durch Sachkenntnis und Zuverlässigkeit geeignete Kraft zur Führung des Geschäfts u. in der Person des Kaufmanns Kandzior zu Ratisbor gewonnen, der in wenigen Tagen hier eintreffen wird. Neben demselben, als erstem Vorstandsmitglied, steht als zweites Vorstandsmitglied der hiesige Provinzialamts-Assistent Löff, der von Beginn an das lebhafte Interesse für den Verein an den Tag gelegt und in anerlernenswerther Weise die Angelegenheiten derselben gefördert hat und noch andauert fördert. Zum Stellvertreter ist vom Verwaltungsrath der Telegraphen-Sekretär Fischer gewählt worden. Diese drei Vorstandsmitglieder haben nach § 18 der Statuten die Geschäfte des Vereins zu führen, und denselben gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Gegenwärtig wird das Geschäftsfat des Vereins, welches der Restaurateur Wittig (gegenüber der Provinzialbank im Czwalina'schen Hause in der Frédéricstraße) bis Neujahr inne hatte, eingerichtet, und hofft man, in etwa zwei Wochen die Geschäftseinrichtungen u. so weit gefördert zu haben, daß im Anfang der zweiten Hälfte des Januars d. J. das Geschäft eröffnet werden kann.

— In einer römischen Korrespondenz des „Kurzer Posen“ lesen wir: Am vergangenen Sonnabend (am 19. Dez. pr.) hatte das polnische Kollegium gleichzeitig mit dem deutschen (collegium germanicum) eine Audienz beim hl. Vater. Als der Papst in den Saal trat, rief er fröhlich aus: Endlich ist doch einmal Deutschland und Polen einig. Hierauf entgegnete der Pater Semenenko: Sie sind immer einig, so oft sie vor Christus (!) stehen. Am Schluss seiner Ansprache äußerte der Papst unter Bezugnahme auf die heilige „surchbare Zeit“: Man muß die Feinde der Kirche vertreten, aber wie kann man dies ohne gute Sohnen? So spricht der heilige Christus. Irren wir nicht, so gab es einmal einen Christus, welcher seinen Jüngern eine ganz andere Behandlung der Feinde gebot.

— Wie man dem „Kur. Pos.“ aus Koschmin mittheilt, hat der daselbst inhaftierte Weihbischof Janiszewski zum neuen Jahre gegen 160 Glückwunschrägen- und Telegramme aus den verschiedensten Gegenden beider Erzbistümer und von Personen aller Stände erhalten.

— Wegen verweigerter Zeugenaussage in Sachen des päpstlichen Delegaten sind in den letzten Tagen wieder die Dekane Kulikinski von Kosten, Basinski von Pleschen und Michalak von Ołobok in gerichtliche Haft genommen worden.

— Aus einem von uns kürzlich mitgetheilten Schreiben des Herrn v. Massenbach an einen Propst im Dekanat Koschmin schien hervorzugehen, daß der Dekan mit dem königlichen Diözesanverwalter korrespondire. Der Dekan von Koschmin, Propst Fabius in Ostrowo, erläuterte heute im „Kur. Pos.“ diese Nachricht für unrichtig.

— Nur die staatsfeindliche Agitation in denjenigen Gemeinden, deren Pfarrer wegen Vergehen gegen die Maigesetz-Gesetzmäßigen oder ausgewiesen sind, nach Kräften zu schützen, hat der Herausgeber des ultramontanen Wochenblattes „Niedziela“, Domvicar Tłoczyński, den gedachten Gemeinden 90 Freicirculare dieses Blattes zur Verfügung gestellt, von denen 50 von einer hochadeligen Dame bezahlt werden. Ungeachtet dieser Freicirculare schon seit länger als acht Wochen in jeder Nummer der „Niedziela“ ausgeboten werden, so haben sich doch bis jetzt nur vier Gemeinden gemeldet, die ein Freicircular zu beziehen wünschen. Der Herausgeber erachtet daher die in der Nähe solcher Gemeinden wohnenden Geistlichen, sich der Sache anzunehmen und Freicirculare zu bestellen.

— 1. Herr Professor Robert von Schlagintweit, der berühmte Naturforscher, wird — wie wir vernnehmen — in der 2. Hälfte des Januar auf seiner Reise Posen berühren und hat sich bereit erklärt, zwei öffentliche Vorträge über seine Forschungen und Reisen hier zu halten. Der geschiefe Geograph hat bekanntlich in Gemeinschaft mit seinen Brüdern Inden und den Himalaya bereist und das Gebiet des letzteren erst unserer wissenschaftlichen Kenntnis erschlossen. Später durchforschte er in Amerika die Regionen der Pacifica und übergab in mehreren Werken die Resultate seiner Reisen der Öffentlichkeit. Eng mit Alexander v. Humboldt befreundet, versankte er dem mächtigen Einfluß dieses großen Gönners in England die freigiebige Ausstattung seiner Expedition und vielfach auch Schul- und Schirm in den fernsten Welttheilen, die oft ihm ein einziger Empfehlungsbrief des Nestors der Wissenschaften verhalf. Da Herrn von Schlagintweite zudem die Gabe der Reise, angiebender Schilderung in hohem Maße zur Verfügung steht und er mit Hilfe zahlreicher Ausstattungsmittel seine lebendigen Vorträge illustriert, so bietet sich den gebildeten Kreisen Posen's zweifellos Aussicht auf einen hohen und hier so seltenen geistigen Genuss.

— Der Handwerkerverein hatte sein erstes Wintervergnügen für das Winterhalbjahr 1874/75 am Sonnabend in dem neuen großen Lamberti'schen Saale veranstaltet. Anwesend waren über 300 Personen. Das Fest begann mit Konzert der Wagner'schen Kapelle und mit mehreren recht brav gesungenen Liedern des Metzger'schen Gesangvereins. Nach einer kurzen Ansprache seitens des Vorsitzenden des Vereins, Professor Fähle, fand alsdann die Verlosung der Weihnachtsgeschenke statt. Dieselben lagen etwa 250 an der Zahl, auf einer Reihe von Tischen, welche auf dem Podium der Muster standen, während zu den Seiten sich zwei stattliche, aufgeputzte Weihnachtsbäume befanden. Auf jedes Los fiel ein Gewinn, und besonders sich unter diesen Gewinnen einige recht wertvolle; auch die beiden Weihnachtsbäume gelangten zur Verlosung. An diese Verlosung schloß sich alsdann ein Tanzkranz, welches bis 4 Uhr Morgens dauerte.

— Mit dem 1. Januar 1875 hört die Zahlung von Chausseegeld auf den dem Staat angehörigen Chausseen auf. Da es jedoch, wenigstens vorläufig noch, auf den von den Kreisen, Städten u. s. w. erbauten Chausseen weiter erhoben wird, so bleiben, bis auch diese öffentlichen Wege von jeder Abgabe befreit werden, die wegen der Zahlung des Chausseegeldes bestehenden gesetzlichen Bestimmungen noch in Kraft. Unter diesen befindet sich eine Anordnung, nach welcher jedes Fuhrwerk, gleichviel ob dessen Inhaber das Chausseegeld zahlen muß oder nicht, vor dem Chausseehaus anzuhalten verpflichtet ist. Ein reicher Gutsbesitzer, in dessen nächster Nähe sich ein Chausseehaus befand, das er täglich passiren mußte, hielt es, wie die Berliner „Gazette“ erzählt, für sehr unangemessen, daß er stets vor demselben und kurz vor resp. hinter seiner Behausung anhalten sollte,

und er instruierte daher seine Bedienten darin, daß dieser an der erwähnten Gebäudeflage vom Wagen springen und das Chausseegeld zu bezahlen habe, während der Herr im Galopp weiterfuhr. Dieser Beleidigung preußischen Beamten. Er denunzierte deshalb seinen Nachbar, den Gutsbesitzer, wegen Übertretung gedachter Bestimmung. Der vom Polizeiamt erhoibenen Anklage setzte der Gutsherr den Beweis entgegen, daß er das Chausseegeld stets beim Durchfahren unter dem Schlagbaum habe bezahlen, daß er mithin eine Defraudation sich nicht habe zu Schulden kommen lassen. Es ist aber dennoch mit einer Geldstrafe belegt worden, weil er unter allen Umständen vor dem Chausseehaus hätte anhalten müssen. Seine Handlungswweise sei ein Zuwidderhandeln gegen eine formelle Vorschrift, bei der ein weiterer Dolus nicht erforderlich sei.

— Statistik der Postanstalten. Nach dem neuesten von der Ober-Postdirektion herausgegebenen Verzeichniß sind im Ober-Postdirektions-Bezirk Posen 273 Postanstalten und zwar: 14 Postämter, 23 Postverwaltungen, 158 Post-Expeditionen und 78 Postagenturen. Von diesen Postanstalten haben 86 Station für Postfuhrwerk.

— Kinderpest. Nach einer dem „G. G.“ zugegangenen Nachricht ist in Warschau und der nächsten Umgegend die Kinderpest ausgebrochen. Sollte die Suche der Grenze näher rücken, so ist jedenfalls die vollständige Sperrung derselben zu erwarten.

— Bon der Obra. 2. Januar. [Ein Briefträger erfroren.] Am 29. v. Mts. kehrte der bei der Postagentur in Bielawa stationierte Landbriefträger Franke von seinem Besuch ungegangen nicht zurück. Dies fiel anfangs nicht weiter auf, da F. öfter im Bezirk übernachtete und sogar bei seinem Weggeuge gefährdet war, er werde wohl heute nicht mehr zurückkehren. Als er aber am 30. bis Mittag auch noch nicht zurückkehrte, lag die Vermuthung nahe, daß ihm ein Unglück zugesetzt sei. Der Postagent A. verfolgte die Spur des p. F. von Ort zu Ort und konstatierte, daß derselbe zwischen den Ortschaften Biezwina und Bogowo verschwunden war. Die Polizeiverwaltung, welche von dem Vorfall sofort Kenntnis gegeben wurde, requirte sofort 50 Mann zur Absuchung des Terrains zwischen den genannten Ortschaften und wirklich fand man die Leiche des F. im See liegend augenscheinlich erfroren auf. Nach der Stellung, in welcher dieselbe gefunden wurde, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß p. F. in der Nacht verirrt und den Weg innehalt, so lange umhergegangen sei, bis er vor Ermattung umgeknickt und erstickt ist. Seine Habeligkeiten, die er bei sich hatte und bedeutende baare Geldmittel, die ihm zur Auszahlung von Postanweisungen mitgegeben waren, wurden unversehrt vorgefunden. Der Fall erregt hier algemeine Theilnahme; denn F. hinterläßt eine Frau mit fünf unerzeugten Kindern.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* 100 Mark-Noten. Die Preußische Bank gibt vom 1. Jan. c. ab neue Noten im Betrage von 100 Mark R. Wbrig. aus. Nachstehend geben wir eine Beschreibung derselben. Die Noten sind 10,25 cm. hoch, 16 cm. breit und bestehen aus Hanfpapier mit dem Wasserzeichen: „100“ oben und den Buchstaben „H. B. D.“ unten. Der unter Theil des Textes, die Nummern und Namensunterschriften sind mittels Buchdruck hergestellt, die übrigen Theile mittels Kupferdruck in blauer Farbe. Die Schauseite zeigt auf hellem reich gemustertem Unterdruck, welcher in drei Felder getheilt und von einem dunkel erscheinenden Rande eingefasst ist:

1) in der Mitte die quillochirte Wertzahl „100“ mit der in Reliefform ausgeführten Umschrift „Ein Hundert Mark Reichswährung“, umgeben von Merkurstäben in vier halbkreisförmigen Zwischen und folgendem Text:

Preußische Banknote.

Ein

Hundert Mark

zahlt die Haupt-Bank-Kasse in Berlin ohne Legitimations-

Prüfung dem Einleferer dieser Banknote.

Berlin, den 1. Mai 1874.

Haupt-Bank-Direktorium.

v. Decken. Boese. Roth. Gallenkamp. Herrmann.

Koch. v. Koenen.

2) links das große Preußische Wappen,  
3) rechts den Kopf der Minerva in Reliefform umgeben von Lorbeer- und Eichenlaubzweigen,  
darüber Schilder mit der Bezeichnung „100 Mark 100“, darunter längliche quillochirte Rosetten mit der weiß er-scheinenden Zahl „100“.

4) als Rahmen ein Flechtband mit dem Worte „Banknote“, als Randverzierung die Zahl „100“ in vielfacher Wiederholung. Oben im Rahmen befindet sich ein Schild mit der Inschrift: „Ein Hundert Mark“, unten in Diamantschrift die Strafandrohung:

Wer Banknoten nachmacht oder verfälscht, oder nachgemachte oder verschaffte sich verschafft und in Verkehr bringt, wird mit Buchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Die Rückseite zeigt auf quillochirtem Untergrund

1) in der Mitte in einem breiten Rahmen zwei kreisförmige geflügelte Knaben, welche einen Kranz halten, dessen Inneres eine

Mark

Rosette mit der Inschrift: 100 bildet,

Mark

2) links und rechts die Strafandrohung in dreimaliger Wiederholung,

3) oben den Stempel und die Unterschriften der königlichen Immediat-Kommission zur Kontrolirung der Banknoten,

4) unten das Wort „Ausgefertigt“ und den Namen des ausserordentlichen Beamten, sowie zweimal die Nummer mit der Littera (a. b. c. d.).

\*\* Falsche Zwanzig-Markstücke befinden sich, wie es scheint, in größerer Zahl am Mittel- und Niederrhein im Umlauf, denn von dort ist wiederholt — in den letzten Tagen aus Frankfurt a. M. — über das Vorkommen solcher nachgeahmter Münzen berichtet worden. Dieselben sind aus Messing oder Bronze und ziemlich stark vergoldet, haben indessen eine so wenig korrekte Prägung, daß es bei aufmerksamer Betrachtung nicht schwer ist, sie von den echten zu unterscheiden. Obgleich übrigens mehrfach Personen verhaftet worden sind, welche die falschen Stücke verausgabten, ist es bisher doch nicht gelungen, den eigentlichen Falschmünzern auf die Spur zu kommen.

\*\* Zur augenblicklichen Lage der Wiener Börse schreibt man der „Börse“ aus Wien vom 31. Dez.: „Man geht dem Jahresabschluß, wie es scheint, nicht eben in gehobener Stimmung entgegen. Die Frage, des Januar-Coupons, die seit Wochen für äußerst bedeuend gehalten ward, schwächt sich in ihrer Wirkung ab, seit man sie beantwortet sieht. In der That haben weit mehr Geellschaften den Coupon zu honoriiren erklärt, als man erwarten durfte. Wohl sieht dieser Thatsache ein Umstand gegenüber, der geeignet ist, die Folgewirkung einigermaßen zu beeinträchtigen, man zweifelt nämlich in so manchen Fällen an der Solidität der Rohbilanzen, auf Grund deren die Auszahlung beschlossen ward. Hierbei ist aber zu betonen, daß auch schon vor Einführung des neuen Aktiengesetzes die Verantwortlichkeit der Verwaltungsräthe bei geleisteten Abschlagszahlungen überwältigend groß erscheint. Es ist kaum denkbar, daß ein Institutsvorstand anaesthetisch dieses Moments zu einer gezwungenen oder unmotivierten Aufstellung zustimme, um sämtliche Regierungskommissionen beauftragt sind, vor der Beclausfassung die Verwaltung auf die besondere Haftung und Verantwortlichkeit im Sinne des Handelsgesetzes aufmerksam zu machen. Das diese Rückicht gelingt wird, zeigt die Beschränkung des Couponsbetrages auf weniger als 5 pt., welche bei mehreren Gesellschaften Platz gegriffen hat. Das es übrigens Verwaltungsräthe gibt, welche den Aktionär nicht bis zur definitiven Fertigstellung der Bilanz warten lassen wollen, sondern trotz drückender Verantwortlichkeit den Coupon bezahlen, ist ein Umstand, dem mit

größeren Vertrauen entgegen gkommen werden sollte. Spekulativ Gründe zu dieser Dienstbefreiheit sind unter den obwaltenden Verhältnissen nicht anzunehmen.“

## Vermischtes.

\* Berlin, 3. Januar. Das Leichenbegängnis Ludwigs Dessoix's fand Sonnabend Nachmittag 1 Uhr vom Sterbehause Bandlerstraße 8, aus statt. Sowohl die Mitglieder des Hoftheaters dessen Biere der Verstorbenen zwei Decennien hindurch gewesen, wie die Vertreter anderer Kunstinstitute und Mitglieder künstlerischer Kreise waren zahlreich hergekommen, um Ludwig Dessoix die letzte Ehre zu erweisen. In dem Giebelzimmer der bescheidenen Wohnung war unter zwei brennenden Kandelabern die Leiche aufgebahrt: rubia, wie im Schlummer, das müde Haupt auf die Seite gesenkt, in der Hand den gebürtigen Lorbeerzweig. Am Sarco stand der Sohn des Verstorbenen, dem Schmerze hingegangen. Das kleine mit bildlichen Darstellungen Shakespeare'scher Stücke geschmückte Wohnzimmer vermochte kaum die Zahl der Leidtragenden zu fassen; unter ihnen bemerkte man den General-Intendanten v. Hülfen, die Hoffstaatspieler Berndt Liecke und Kahle, Director Rosenthal vom Residenttheater, die Schauspieler Formes, Helmerding, Kadelburg, Kappeler, Pittmann, Wilken, mehrere Beamte des königlichen Hoftheaters. Die Leichenrede hielt Prediger Dr. Sydow; derselbe zo eine geistvolle Parallele zwischen dem Drama des Lebens und dem Drama der Bühne; sprach der dramatische Kunst ihren Werth als Volksbildnerin zu und feierte der Verewigten nicht nur als eine Biere dieser Kunst, als den genialen Interpreten der poetischen Meisterwerke des großen Briten, sondern auch als einen Mann voll Energie und hoher idealistischer Weltanschauung, als einen Geist von nie ermüdender Strebsamkeit. Nach der Rede wurde der reich mit Blumen und Lorbeerzweigen geschmückte Sarg in den offenen Leichenwagen gehoben und dann setzte sich der Leichenzug, in welchem sich auch der Wagen des früheren Generalintendanten Grafen Redern befand, nach dem Matthäi-Kirchhofe in Bewegung, wo die sterbliche Hülle des großen Mimen der Kühlen Erde überliefert wurde.

\* Berlin, 2. Januar. Große Sensation hat ein Vorfall erregt, welcher dem Präsidialrat Professor Hermann während seines Aufenthalts passirte. Eines Morgens, als derselbe noch in einem Zimmer des von ihm bewohnten Hotels im Bette lag, trat ein Exekutor des hiesigen Stadtgerichts zu ihm ein, der von dem Ueberräuber sofortige Zahlung von 43 Thlr. als Betrag einer alten eingelagerten Schuld verlangte. Obwohl Herr Hermann nachwies, daß er vor der Zeit, als diese Schuld von einem Taschenspieler Hepner, der sich fälschlich den Namen „Hermann“ beigelegt, in Posen kontrahiert sei, auf der Reise nach Kalifornien begriffen gewesen und daß er niemandem etwas schuldig sei, entnahm der Beamte doch den Betrag von einer auf dem Tische liegenden Geldsumme und entfernte sich ohne aufzufallen, sein Geld wieder erhalten. Wie die „Börs. Bts.“ hört, hält sich der Alter ego des Herrn Hermann gegenwärtig in Triest auf.

\* In Braunschweig, spielte sich am Dienstag eine Liebestragödie ab. Als am Abend des genannten Tages der Bursch des Husarenlieutenants Delius in das Schlafgemach derselben trabt, fand ihm ein unsäglicher Anblick dar. D. lag mit entstellten Zügen tot im Bette, ein junges — gleichfalls entstelltes — Märchen umschlungen haltend. Die Ungläubliche war, wie man annimmt, die auf Berlin gehörte Geliebte oder Braut D's. (neuesten Nachrichten zu folge ein Tel. Clara Korten, wie eine Rekonstitution durch einen Oberst aus Berlin erarbeitet haben soll). Die gerichtliche Sektion hat festgestellt, daß beide Strychnin genommen haben. Was zu dem versteckten Schrift Veranlassung gegeben hat, ist um so weniger klar, als D's Vermögensverhältnisse sehr gut gewesen sein sollen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Basner in Posen.

## Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 4. Januar. Wie die „Kreuzzeitung“ mittheilt, hat der Kaiser eine Kabinettordre unterzeichnet, welche das gegen den Fürst-Potsbus als Mitgründer der Nordbahn ergangene ehrengerichtliche Erkenntnis vollständig bestätigt. Letzteres enthält eine einstimmige Freisprechung in allen, die Ehrenfrage irgend berührenden Punkten.

Berlin, 4. Januar. Die Einberufung der Provinzialsynode erfolgt noch im Januar. Zu Kommissären sind der „Post“ aufgezogen, er nannt für Preußen Konstistorialpräsident Ballhorn, für Brandenburg Generalsuperintendent Brückner, für Pommern Feldprobst Thielen, für Posen Generalsuperintendent Cranz, für Schlesien Konstistorialpräsident Wunderlich, für Sachsen Oberkonstistorialrat Hermes. Die Tätigkeit der Provinzialsynoden beschränkt sich hauptsächlich auf die Behandlung der Sitzungsfragen und auf die Wahlen zur Generalsynode.

Berlin, 4. Januar. Die Beschiebung der rostocker Handelsbrigg „Gustav“ ist nunmehr durch die erfolgte Vernehmung der Matrosen des Schiffes festgestellt und ebenso konstatirt worden, daß die Mannschaft durch die Beschiebung verhindert wurde, einen dritten Anlauf auszuüben. Die Beschiebung hat folglich den Schiffbruch mit herbeigeführt.

Wien, 4. Januar. [Prozeß Offenheim.] Die Anklage lautet auf Betrug in gewinnlüstiger Absicht. Als Vertreter des beschädigten Staates fungirt der Finanzrath Koller, als Vertreter der Privatbeschädigten Hofrath Barych. Nach Verlesung des Anklageaktes erhebt der Vertheidiger Dr. Neuda Einwendungen gegen die vorgeladenen Sachverständigen Kramer und Stoller, weil dieselben von der General-Inspektion der Eisenbahnen abhängig waren und daher ein objektives Urteil von Ihnen nicht zu erwarten sei. Der Vertheidiger opponirt auch gegen die Zulassung Barychers als Vertreter der Aktionäre der Lemberg-Eisenbahnen ansehen kann.

Unter den Bahnpräparaten, welche sich in jeder Weise bewähren, nimmt jener Fall ist — der Gehirn und Schädel-Stoffe enthaltend, eines der besten und dabei bequemsten der existierenden Bahnreinigungs-mittel. Solche cariose Zahne kann man am besten mit der Zahnbürste mit Erfolg aussühnen, wodurch dann die Caries eingehäuft und die Auflösung der Zahnmassse verhindert wird. Wir machen daher mit bestem

**Bekanntmachung.**

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntnahme, daß in Folge Einführung der Reichsmarcrechnung vom 1. Januar 1875 ab, in allen Quittungen über Erhebungen aus städtischen Kassen die Geldbeträge in Mark und Pfennigen ausgedrückt sein müssen. Quittungen mit Angabe der Geldbeträge nach der Thalerrechnung können nach dem 1. Januar 1875 nicht mehr berücksichtigt werden, worauf wir zur Vermeidung von Weiterungen auferksam zu machen uns veranlaßt sehen.

Posen, den 31. Dezember 1874.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

Um den Jahres-Abschluß der Kammer-Kasse rechtzeitig bewirken zu können, erfuhe wir Alle Diejenigen, welche aus dem Jahre 1874 Ansprüche an unsere Verwaltung zu erheben haben, ihre Liquidationen bis spätestens den

**15. Januar 1875**

einzureichen. Gleichzeitig werden alle Diejenigen, welche mit Zahlungen im Rückstande sind, dringend aufgefordert, dieselben bis zu demselben Tage an unsere Kasse zu leisten.

Posen, den 31. Dezember 1874.

Der Magistrat.

Zum Auftrage der Königl. Regierung zu Posen wird am

**24. Januar 1875,**

Vormittags 11 Uhr, im Bureau des Königl. Landratsamts zu Birnbaum die Chausseegelderhebung der Provinzial-Hauptstelle Alzatum auf der Gorzyn-Wronker Provinzial-Chaussee an den Meißtibenden mit Vorbehalt des höheren Zuschages auf 1 Jahr vom 1. April 1875 ab zur Pacht gestellt werden unter der Bedingung, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf des Pachtjahrs von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältnis auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt anzusehen wird.

Nur dispositionsfähige Personen welche vorher mindestens Einhundert Thaler baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Königl. Kreis-Kasse hier selbst zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können von heute ab im dieszeitigen Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Birnbaum, den 23. Dezember 1874.

Königlicher Landrat.

Zu dem Konkurs über das Vermögen der Kommanditgesellschaft auf Aktien Uninski, Chłapowolski, Plaster & Comp. zu Posen hat der Hausesigentümer F. Karczewski zu Posen nachdrücklich einen Vindiktions-Anspruch eines Wechsels über 5000 Thlr. und den Anspruch auf Abschöpfung einer Hypothek über 10,000 Thlr. angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist

**auf den 12. Januar 1875,**

Vormittags 11 Uhr, vor dem Konkurs-Kommissar im Dienstzimmer Nr. XI. anberaumt, wo von die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 28. Dezember 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

**Dels-Gnesener Eisenbahn.**

Die Aktionäre der Dels-Gnesener Eisenbahngesellschaft werden hierdurch gemäß § 6 des Gesellschafts-Status aufgefordert die neunte Rente von 10 p.C. auf die Stamm-Aktien mit 10 Thlr. und zwar nach § 8 abzüglich der Zinsen für die bereits eingezahlten achtzig Prozent für die Zeit vom 1. November 1874 bis 31. Januar 1875

per daher netto mit 9 Thlr.

per Stammaktie in der Zeit vom

**20. bis 31. Januar 1875,**

bei der Berliner Handelsgesellschaft zu Berlin, Französische Straße Nr. 42, und dem Schlesischen Bank-Verein zu Breslau, der Kreiskommunalkasse zu Miltitz, der Kämmereikasse zu Krotoschin oder der Kämmereikasse zu Wreschen unter Vorlage der Quittungsbogen einzuzahlen.

Breslau, den 24. Dezember 1874.

Der Aufsichtsrath.

(geg.) Graf von Maltzan.

Eine Bäckerei, vollständig eingerichtet mit guier Kundenschatt steht zum 1. April zu verpachten. Nährs L.

**Kupsch, Schrimm.****Bekanntmachung.**

Der Termin zur Gründung der Oefferten über die Lieferung von 200 Stück eiserner Bettstellen für die neue Irren-Anstalt in Dwinsk ist vom 9. d. auf

**Sonnabend, den 16. J.**

Vormittags 10 Uhr vertagt, und werden bis dahin Oefferten entgegen genommen.

Posen, den 4. Januar 1875.

Der Regierungs- u. Baurath

**H. Koch.****Nothwendiger Verkauf.**

Die im Großherzogthum Posen, im Birnbaumer Kreise, im Haulande Groß-Krebbel belegenen, im Grundbuch von Groß-Krebbel Blatt Nr. 10 und 11 eingetragenen, der Frau Charlotte Wollmann geborenen Levi zu Waize gehörigen und früher zusammen mit dem Rittergute Waize be wirtschafteten Grundstücke, welche mit einem Flächen-Inhalte von 19 Hektaren 90 Acren 70 Quadratflächen der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 75,60 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsvertheile von 45 Thlr. veranlagt sind, sollen im Wege der nothwendigen Substation am

**Dienstag****den 16. Februar k. J.,****Vormittags 11 Uhr,**

im Zimmer Nr. 4 des unterzeichneten Kreisgerichts versteigert werden.

Die Auszüge aus der Steuerrolle, die beglaubigten Abschriften der Grundbuchblätter und alle sonstigen die Grundstücke betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereit gestellten oder noch zu stellen den besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten Königlichen Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Birnbaum, den 21. December 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

**I. Abtheilung**

Der Substationär-Richter.

**Richter.****Auktion.**

Im Auftrage des Königlichen Kreisgerichts werde ich **Freitag den 8. Jan. d. J.** Vormitt. 10 Uhr, hier selbst 3 Pferde, 1½ Paar Geschirre, 1 Brütsche und 2 Wagen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 2. Januar 1875.

Aehroeder. Auctions-Kommissar.

**Auktion.**

Im Auftrage des Königlichen Kreisgerichts werde ich **Freitag den 8. Jan. d. J.** Vormitt. 10 Uhr, hier selbst 3 Pferde, 1½ Paar Geschirre, 1 Brütsche und 2 Wagen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 2. Januar 1875.

Aehroeder. Auctions-Kommissar.

**Auktion.**

Mittwoch, 6. von 9 Uhr ab, werde ich Sappeplatz Nr. 6 verschiedene Möbel als: Spinde, Stühle, Kommoden, Sofas, verschiedene Kleiderstoffe, Pelze, Pelzgarnerien, Herren- und Damen-Uhren, Ringe, Damenhäntel u. s. w. gegen baare Zahlung versteigern.

Kaz. Auktionskommissarius.

**Gutsverpachtung.**

Eine Pachtung wird aus erster Hand gesucht, und Oefferten mit Beschreibung und Bedingungen unter M. St. postest. Neu-Brandenburg erbeten.

Posen, den 28. Dezember 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

**Dels-Gnesener Eisenbahn.**

Die Aktionäre der Dels-Gnesener Eisenbahngesellschaft werden hierdurch gemäß § 6 des Gesellschafts-Status aufgefordert die neunte Rente von 10 p.C. auf die Stamm-Aktien mit 10 Thlr. und zwar nach § 8 abzüglich der Zinsen für die bereits eingezahlten achtzig Prozent für die Zeit vom 1. November 1874 bis 31. Januar 1875

per daher netto mit 9 Thlr.

per Stammaktie in der Zeit vom

**20. bis 31. Januar 1875,**

bei der Berliner Handelsgesellschaft zu Berlin, Französische Straße Nr. 42, und dem Schlesischen Bank-Verein zu Breslau, der Kreiskommunalkasse zu Miltitz, der Kämmereikasse zu Krotoschin oder der Kämmereikasse zu Wreschen unter Vorlage der Quittungsbogen einzuzahlen.

Breslau, den 24. Dezember 1874.

Der Aufsichtsrath.

(geg.) Graf von Maltzan.

Eine Bäckerei, vollständig eingerichtet mit guier Kundenschatt steht zum 1. April zu verpachten. Nährs L.

**Kupsch, Schrimm.****Bekanntmachung.**

Goldschmieden, den 21. Dezember 1874.

**Chausseebau-Licitation.**

Der Bau der — nach Ausschluß der Titel für Chausseegelderheber- und Wohnhäuser, Geräthschaften, Grund- und Nutzungsentnahmung, Interims-wege und Auflistung ic. mit 8812 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf. — auf 58,687 Thlr. 6 Sgr. 8 Pf. veranlagten Kreis-Chaussee

**Chodziesen-Margonin**

in einer Länge von 14,205 Meter (circa 1½ Meile) soll im Wege des Minder-gebotes in Entreprise gegeben werden.

In dem dieferhalb bereits am 9. November d. J. abgehaltenen Termine überschritten die abgegebenen Gebote die Anschlagssumme in einer solchen Höhe, daß der Zuschlag unter den damals obwaltdenden Umständen nicht ertheilt werden konnte. Ich habe deshalb zur Abgabe anderweiter Gebote einen neuen Termiu auf

**Montag den 11. Januar 1875,**

Vormittags 11½ Uhr, in meinem Bureau hier selbst anberaumt, wozu Unternehmungslustige mit dem Bemerkun eingeladen werden, daß jeder Bieter zur Sicherstellung seines Gebotes bis zur Ertheilung des bedingungslos vorbehaltenen Zuschlages eine Kautio von 500 Thlr. (1500 M.) in größeren preußischen Banknoten oder Gold zu deponiren und über seine Qualifikation und genügend disponibles Vermögen, soweit solche hier nicht notorisch, sich auszuweisen hat.

Über den Zuschlag, bei dessen Ertheilung der Unternehmer unter Anrechnung der als Bieter hinterlegten Kautio eine solche von 2000 Thlr. (6000 M.) in preußischen Staatspapieren oder Pfandbriefen nebst Talons, jedoch unter Zurückhaltung der Coupons, oder in Baarem unverzinslich zu hinterlegen hat, wird voraussichtlich gleich im Termin, längstens aber innerhalb 8 Tagen entschieden werden.

Der erst im Vorjahr gefertigte und im Juni dieses Jahres im Königlichen Handels-Ministerio superrevidirte und festgestellte Anschlag nebst Plänen, sowie die Bau- und Licitationsbedingungen, welche lestere gegen die dem früheren Termiu zu Grunde gelegten in Etwas, namentlich durch Stellung einer geräumigeren Baubeendigungsfrist bis zum 1. Juni 1877 und Inauß-sichtstellung entsprechender Prämiens für den Fall der Fehrvollendung verändert sind und auch gegen Erstattung der Kopien ab schriftlich mitgetheilt werden können, liegen im hiesigen landräthlichen Bureau, während der Dienststunden zur Einsicht aus.

**Der Landrat.**  
geg. v. Colmar.

**Monats-Uebersicht**  
der Provinzial-Altkienbank des  
Großherzogthums Posen.

**Activa.**

Geprägtes Geld	Thlr.	316,310.	Pieniądz bity	816,310 Tal.
Noten d. Preußischen Bank u.			Banknoty pruskie i bilet kassowe	2,310 -
Kassen-Anweisungen	Thlr.	2,310.	Weksle	1,564,180
Wchsel		1,564,180.	Remanenta Lombardu	306,800
Lombard-Bestände		306,800.	Kamienica i rozmaita pretensye	85,570
Grundstück und diverse				
Forderungen		85,570.		

**Passiva.**

Altkien-Kapital	Thlr.	1,000,000.	Kapitał akcyjny	1,000,000 Tal.
Reserve-Fonds		218,670.	Fundusz rezerwowy	218,670 -
Noten im Umlauf	Thlr.	932,750.	Noty w obiegu będące	932,750 -
Forderungen von Korrespondenten		9,010.	Pretensye od Korrespondentów	9,010 -
Verzinsliche Depositen mit zweimonatlicher Kündigung		27,150.	Depozyty z 2miesięcznym wypowiedzeniem	27,150 -

Posen, den 31. Dec. 1874.

**Die Direktion.**

Nachdem die in der Generalversammlung der Aktionäre der Ostdeutschen Producten-Bank vom 7. c. be schloßenen Abänderungen des Statutis insbesondere die Änderung der Firma in „Posener Spritactiengesellschaft“, Reduction des Actienkapitals auf 750 000 Reichs-Mark, Änderung des Gegenstandes des Unternehmens, in das hiesige Handelsregister eingetragen worden ist, fordern wir hiermit, gemäß den Vorschriften des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches, unsere Gläubiger auf, sich bei uns zu melden.

Posen, den 28. December 1874.

**Posener Spritactiengesellschaft.**

Die Direction.



Die Kohlenpreise auf der Steinkohlengrube „Hohenlohe“ (Carolinegrube) bei Katowice O.-S. vertragen vom 1. Januar 1875 ab bis auf Weiteres:

für einen Centner Stückkohlen loco Grube franco Waggon

55 R. P.

für einen Centner Würfekohlen loco Grube franco Waggon

50 -

für einen Centner Aufkohlen loco Grube franco Waggon

40 -

für einen Centner Kleinkohlen loco Grube franco Waggon

20 -

für einen Centner Gruskohlen loco Grube franco Waggon

15 -

## Geschäfts-Eröffnung.

Mittwoch als den 6. Januar c. beginnen wir mit dem Ausfank unserer Biere in dem in der Bis-  
marckstraße belegenen Tunnel und haben die Leitung derselben Herrn W. Jaensch übertragen.  
Gleichzeitig bemerken wir, daß wir durch Aufstellung von 4 neuen französischen Billards zur Unter-  
haltung des geehrten Publikums Sorge getragen haben.

## Die Direction der Actien-Brauerei Eichberg bei Schwiebus.

Bezugnehmend auf obiges Inserat bitte ich ein hochgeehrtes Publikum Posens und Umgegend um geneigten  
Zuspruch. Es wird stets mein Bestreben sein, für gute Speisen und Getränke zu civilen Preisen Sorge zu  
tragen.

(H 2160a)

## Holz-Verkauf.

Donnerstag

den 7. Januar 1875,

von Vormittags 10 Uhr ab,  
werden im Fuchs'schen Gast-  
hofe zu Kisewo a. d. Warthe  
auf dem Neugedanken Forst  
siefern Langholz, Klo-  
ben-, Astholz u. Strauch-  
haufen

gegen gleich baare Bezahlung  
versteigert werden.

### Forstverwaltung.

Guter gepreßter Tof ist  
noch immer zu haben bei dem  
Wirth Rominski zu Blata-  
Gora bei Posen.

Bestellungen nimmt ent-  
gegen A. Kunkel junior.

Saat-Wicker,  
Futter-, Koch- und Saat-  
Eibsen,

Futter-Roggen  
1000 und auf Lieferung offerirt

**Naumann Werner,**  
Große Gerberstraße 28.

2 braune Wagenpferde (Halb-  
blutstuten) 7 u. 8 groß, gut ein- und  
zweispänig sind mit Fohlen  
zu verkaufen. Pferde stehen in Posen,  
Mylins Hotel. Näh. Posen Berlinerstr.  
No. 15b. 2 Tr. bei Kolin.

Eine Schimmelstute ist billig zu  
verkaufen Kl. Gerberstraße No. 11.

70 Stück fette Schafe,  
3 fette Kühe stehen auf  
dem Mühlengute Jankowo  
bei Schwersenz zum Verkauf.

3 Stück gute Harz-  
kanarienvögel, sind billig zu ver-  
kaufen Breitestraße Nr. 28, 1 Krepp.

Ein fast neuer, vorzüglicher, großer  
Reiselpelz von schwarzem Bär mit grü-  
ner Lutüberzug ist zu verkaufen.  
Auskunft bei dem Kürschnermstr. Hrn.  
Schulz, Bergstraße.

Pianino's und Flügel!  
aus den besten Fabriken sind Wilhelms-  
platz 17, 1 Tr., sehr billig z. ver-  
kaufen. Auch sind daselbst noch mehrere Woh-  
nungen zu vermieten.

**Für Floßmeister u.  
Holzhändler**

empfiehlt sein großes Lager  
selbst gerichteter

**Floßnägel**

in allen Längen sehr billig  
und jeder Nagel brauchbar

**F. Deutschländer**

in Wronke.

**Gebirgs-**

**Himbeersaft**

1. Qual. circa 800—1000 Liter, per  
200 Liter 54 Thlr.; seines **Himbeer-**

**Marmelade**, sowie **Himbeer**, mit  
**Johannesbeer** zu Füllungen von

Torten und Pfannenkuchen.

Gesottene **Gebirgs-Prei-**

**selbeeren** Etr. 7 Thlr.

Desgl. in Zucker Etr.

16 $\frac{2}{3}$  Thlr.

in Töpfen von 10—15 Pfund empfiehlt

**C. Neldo**

in Hirschberg, Schlesten.

Ein gut möbl. kleines Zimmer billig  
zu verm. Fischerrei 4, hinterh. 2 Tr.

</